

Hitlers Emigrantenangst

Die Reichsregierung verlangt die Ausweisung aller Emigranten aus dem Saargebiet

Ja, Luther hat es verstanden, als er dem Teufel das Tintenfaß an den Kopf geworfen! Nur vor Teufel fürchtet sich der Teufel, damit allein verjagt man ihn. Börne.

Man muß es der Reichsregierung lassen: sie tut ihr Möglichstes, um das Selbstbewußtsein und die Zuversicht der Emigranten zu heben. Das ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Es ist für ein paar Tausend politische Emigranten im Saargebiet und für einige tausend politisch interessierte deutsche Emigranten in der weiten Welt keine Kleinigkeit, ihre seelische Kraft gegenüber der mächtigsten und brutalsten Diktatur aller Zeiten zu behaupten. Zumal man nicht gerade sagen kann, daß diese beraubten, gefolterten und verjagten Opfer des hitlerdeutschen Barbarenteimes überall auf liebevolles Verständnis stoßen.

Da hilft nun die Reichsregierung noch, in dem sie alle paar Tage der politischen Emigration durch den Rundfunk, durch Versammlungsreden, durch Zeitungsaufläufe millionenfach beschneit, daß sie nichts so sehr fürchtet wie die Wahrheit, die durch die deutsche Emigration draußen verfaßt wird.

Die Wahrheit! Griffe die Emigration zur scharfen Waffe der Vögel, so hätten es die Reichsregierung und ihre Kreisläufe leicht, denn tausende Zeitungen, der ganze riesenhafte deutsche Propagandaapparat drinnen und draußen haben ihr zur Verfügung. Aber die Wahrheit, die von tausenden Emigranten erlebte Wahrheit? Die genaue Kenntnis, die diesen ferndeutschen Menschen über ihr Vaterland und das deutsche Geistes- und Wirtschaftsleben zur Verfügung steht? Dagegen — helfen wir es mit Stolz fest — kommt die gewaltigste Lügenapparatur der Weltgeschichte nicht an!

Deshalb die tägliche Kriegserklärung an die Emigration, ihre Verleumdung und ihre Achtung durch das ganze „dritte Reich“, von dem durch das Radio drüllenden „Führer“ oben bis zu dem letzten korrupten Bonzen unten, der vor dem kommenden Volkszorn, seinen Galgen und seinen Stricken zittert.

Geradezu pinokistisch ist die Furcht Hitlers und seiner Beauftragten vor den an Zahl doch wirklich sehr geringen Emigranten im Saargebiet.

Der Reichskommissar Hillers für die Saarfrage, der frühere Franzosenleparatist Bürckel — er hat bisher dieser Bescheidenheit nicht widersprochen — ist vorzeitig aus Rom abgereist. Seine Deklamationen haben auf den Saar-Dreierauschuß des Völkerbundes keinerlei Eindruck gemacht. Wer ist schuld daran? Natürlich die Emigranten an der Saar. Wer ist schuld, daß die Franzosen mit Einmarsch drohen? Natürlich der Emigrant! Die paar Tausend Emigranten an der Saar halten die 9000 Saarländer samt Landjägern, Polizei und Zollkern in Furcht und Schrecken. Todesbleich vor Angst verfaßt, es Herr Bürckel der Welt. Er läßt hinzu, daß die Emigranten planmäßig zum Widerstand ausgebildet werden. Nur mühsam unterdrückt er die Aufkündigung, daß sie demnächst in das „dritte Reich“ einrücken werden, um die Reichswehrsoldaten samt dem Arbeitsdienst und den braunen Bonzen abzumurden.

Die ungelöste deutsch-französische Spannung Ein ergebnisloser Besuch des deutschen Botschafters Köster bei Laval

Paris, 10. Nov. Die Reichsregierung setzt ihre Aktion gegen die französische Aufkündigung fort, daß Frankreich einem etwaigen Einmarsch des Präsidenten der Regierungskommission auf Einmarsch von französischen Truppen zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung im Saargebiet entsprechen werde. Sie behauptet, das widerspreche dem Abkommensvertrag von Versailles, der das Saargebiet entmilitarisiert hat und sei eine Verletzung des Locarno-Vertrages, der eine friedliche Verständigung der beteiligten Mächte voraussetzt. Die britische Regierung hat den deutschen Protest nicht lächelnd abgelehnt. Der Außenminister Simon hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die britische Regierung den Rechtsstandpunkt des Deutschen Reiches nicht teile. Außerdem hätten die französischen Maßnahmen lediglich vorübergehenden Charakter und beschränkten sich auf Instruktionen an die Truppenführer.

Während verlangt Bürckel im Auftrage seines allerhöchsten Herrn die Ausweisung der Emigranten aus dem Saargebiet. Er meint natürlich nur die Marxisten, Republikaner und Katholiken, die sich vor den braunen Horden in das Völkerbundsland in Sicherheit gebracht haben. Nicht etwa die zahlreichen Nazis, die aus dem Reich auf Befehl der nationalsozialistischen Führung mit politischen Aufträgen in das Gebiet gekommen sind.

Fürdern wir etwa deren Ausweisung? Wir denken nicht daran. So fürchtlich sind wir nicht, obwohl weder der Reichsapparat noch seine Millionenfonds hinter uns stehen.

Die größte Angst haben die Herren Bürckel und Hitler vor den Emigranten, die angeblich „in den Redaktionen“ sitzen sollen. Das wurde gestern ein paar mal durch den deutschen Rundfunk gegeben. Die antihitlerischen Redaktionen werden das mit Fassung zur Kenntnis nehmen und an das Wort denken, das wir dieser kurzen Betrachtung vorangestellt haben.

Es kommt von einem klaffenden Vorläufer der deutschen Emigration, von Ludwig Börne.

Es ist heute so wahr wie vor hundert Jahren.

Ausbürgerung und Völkerbund Die Rolle von Neurath

Die Ausbürgerung einer Reihe prominenter deutscher Schriftsteller und Politiker durch die landfremde Völkerbundsregierung hat hier wegen ihrer Begründung beträchtliches Aufsehen erregt. Die juristischen Sachverständigen des Völkerbundssekretariats haben sich bereits veranlaßt, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Man fragt sich hier, wie es eigentlich möglich sei, daß die Berliner Regierung diese Ausbürgerungen mit der Begründung vorgenommen hat, die Ausgebürgerten hätten sich im Wahlkampf für die Aufrechterhaltung des bisherigen Rechtszustandes im Saargebiet eingesetzt. Die Juristen des Völkerbundssekretariats erklären, daß die Berliner Regierung, die den Versailler Vertrag anerkennt und die Juni-Vereinbarungen in Genf über die Sicherung der Abstammungsfreiheit unterzeichnet hat, kein Recht habe, derartige Maßnahmen zu ergreifen, die einen unzulässigen Einschnitt in die Willensfreiheit der Abstammungsberechtigten bedeuten. Besonders erkennt man darüber, daß die Ausbürgerungen ausdrücklich mit dem Einverständnis des Herrn von Neurath erfolgten, dessen Name unter der Genfer Vereinbarung vom Juni steht.

Einen starken Eindruck haben hier insbesondere die Fälle Negler und Prinz Max Karl von Hohenlohe gemacht. Denn Prinz Max Karl von Hohenlohe ist seiner Nationalität ausdrücklich mit der Begründung beraubt, weil er in einer Versammlung mit Max Braun gesprochen hat. Und Negler ist sogar abstammungsberechtigter Saarländer. Angesichts der Tatsache, daß die Ausbürgerungen einen Bruch des Friedensvertrages und der Genfer Vereinbarungen bedeuten, wird diese unzulässige Einschüßung der Hitler-Regierung in den Wahlkampf, so wird in diesem unterrichteten Kreise verachtet. Gegenstand der Debatten in der Sitzung des Völkerbundsrates vom 21. November sein.

In Verfolgung der deutschen diplomatischen Aktion, die auch in Rom und Brüssel unternommen worden ist, hat der deutsche Botschafter Köster am Freitag auch bei dem französischen Außenminister Laval einen Besuch gemacht. Er hat ihm die deutsche Auffassung zur Kenntnis gebracht. Irrendelne Änderung des französischen Standpunktes ist nicht zu erwarten. Die deutsch-französische Spannung in der Saarfrage hält also unvermindert an.

Außenminister Laval hat am Freitag ferner den französischen Postminister in Berlin Francois-Poncet empfangen und mit ihm alle zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden Fragen erörtert.

(Fortsetzung siehe nächste Seite)

Rosenberg regiert Mexiko sein „Mythos“ und die Kirche

Seit einigen Wochen zeigt die katholische Presse des „dritten Reiches“ in Kirchenfragen eine erstaunliche Kampflust. Von der Warte des Glaubens aus führt sie eine schneidige Feder zur Verteidigung der angegriffenen Hierarchie. In langen Spalten berichtet sie mit anziehenden Details schmachvolle Kirchen- und Priesterverfolgungen. Die Schwerter der Polemik blitzen nur so. Der Leser freut sich mit, daß der Bann der Pressezensur endlich gebrochen sei und bewundert die Bekenntnisse zum katholischen Katakombengeist.

Es geht freilich nicht um Hitler-Deutschland, sondern um das ferne Mexiko. Damals, als braune Horden den Würzburger Bischofspalast stürmten und der Bischof nur durch ein Wunder schwerer Mißhandlung entging, war der Durchbruch der Glaubensmacht noch gehemmt durch Goebbels' Gegenordre. Klauener und Probst, die beiden führenden katholischen Laien, wurden ohne Urteil ermordet und ihre Asche durch die Post den Verwandten gesandt. Die katholische Presse des Reiches begnügte sich mit einem unwilligen Stirnrunzeln und nahm das spätere „Rechtens“ des Führers widerspruchlos an. Bis zur Stunde hat keine katholische Zeitung gewagt, den großen bischöflichen Hirtenbrief, den Protest gegen Glaubensverfolgung und Heidentum im „dritten Reich“, ihren Lesern zur Kenntnis zu bringen. Wie scharf ist dagegen ihr Blickfeld für alle Vorgänge auf der anderen Seite des Ozeans! Das gibt fette Zeilen und kräftigen Druck.

Mexiko ist erfüllt von einer sozialen Aufstandsbewegung, die sich gegen den größten Grundbesitzer, die Kirche richtet. Das Land befindet sich im revolutionären Zustand. Antikapitalistische Tendenzen, die weit davon entfernt sind, „marxistisch“ zu sein, verbinden sich mit antihierarchischen. Eine Bewegung der „Ordnung“, mit Tendenzen, die stark an die Wera der naturwissenschaftlichen Aufklärung erinnern, beherrscht gegenwärtig das jahrelange Land. Gegenrevolution: das sind für die heutigen mexikanischen Rothhaber Kirche und Priester, die sehr aktiv in die Politik des Landes eingriffen und jetzt für die Rückeroberung ihrer Macht kämpfen. Sie haben sich dazu eine besonders freigeistige Ideologie geschaffen.

Da in Deutschland sehr vieles als Marxismus angesehen wird, was man nicht begreift, so hat die katholische Presse ein schönes Greuel- und Gruselwort für die mexikanischen Ereignisse.

Mexikos „Mythos“

Auch die Berliner „Germania“ hat das getan. Dafür kommt sie stehen in eine peinliche Lage. Die mexikanische Regierung schickt ihr eine „Nichtigstellung“ zu unter ziemlich heftiger Vermehrung. Wir lesen darin:

1. Die in Mexiko eingeführte Vereinfachung des Erziehungswesens im Einklang mit der Grundlage einer wissenschaftlichen Erklärung des Weltalls und der Naturvorgänge verfolgt das unbestreitbar gelungene Ziel, die vielerlei Einflüsse unangenehm, die der Jugend gegen Aberglauben und Vorurteile zu wappnen. Die dauernde Vereinfachung des Denkens zu einer Weltanschauung, mit der eine Erneuerungsbewegung ein ganzes Volk durchdringt, kann nur durch eine entsprechende Schulung der heranwachsenden Generation gewährleistet werden.

2. Anordnungen der Regierungsbehörden zu dem Zwecke, die Ordnung aufrechtzuerhalten und einen gegen eine geistliche Reform gerichteten Widerstand zu brechen, sind mit einer Kirchenverfolgung nicht zu verwechseln. Die Glaubensfreiheit ist und bleibt verfassungsmäßig unangetastet, und sogar Regierungsbeamte sind in der Ausübung dieser Freiheit nicht behindert. Die religiöse Unterweisung wird jedoch den Eltern als eine private Aufgabe zugewiesen, was der folgerichtigen Anwendung des Prinzips der Trennung von Kirche und Staat entspricht.

3. Zwischen Glauben und Weltlichkeit ist in Mexiko ein scharfer Trennungsschnitt zu ziehen. Was die letztere anbetrifft, so haben sich Einschränkungen ihrer Macht und ihrer Amtsausübung im Laufe der geschichtlichen Entwicklung Mexikos ständig als notwendig erwiesen. Daß es soweit kommen konnte in einem Lande, das überwiegend katholisch ist, liefert bereits den Beweis für eine Verletzung der Weltlichkeit, die mit dem mildesten Ausdruck als unglücklich bezeichnet werden muß, und zengt ferner dafür, daß die Kirche in Mexiko in ihrem Streben nach materiellem Besitz und nach dem Einmarsch in die ihr nicht gebührende Staatsgewalt, daß ihrer Tätigkeit in jenem Lande zur Last zu legen ist, weniger in der Seele des mexikanischen Volkes ein echtes religiöses Gefühl geweckt und entwickelt hat, als vielmehr auf ein rein äußerliches Gepränge der Ritualen bedacht gewesen ist.

Schließungen von Kirchen, falls sie in einigen Diktatorien zutage treten, dürfen nur eine vor-

Mitternachtsspuk

Der Legionärskaiser und seine Prätorianer

München, 10. Nov. Zum Abschluss der Feler, die der Erinnerung an den 9. November 1923 gälten, hat in der vergangenen Nacht Punkt 12 Uhr eine Vereidigung der Leibstandarte vor dem Führer stattgefunden. Der Odeonsplatz war durch rotes Feuer erleuchtet. Hitler schritt die vereidigten Formationen ab.

übergehende vorbeugende Maßnahme zur Aufrechterhaltung der Ordnung sein. Hinsichtlich der Verwendung einzelner Kirchen für andere gemeinnützige Zwecke liegt kein Anlass zur Entrüstung vor, wenn man die ungeheure Zahl dieser durch die Arbeit und aus den Mitteln des Volkes errichteten Bauwerke in Betracht zieht. Wenn die amtliche Beschränkung der Priesterstellen im Verhältnis zur Einwohnerzahl übertrieben erscheint, so ist dabei in Rechnung zu stellen, daß sie in der Praxis mit Rücksicht gehandhabt wird und in verschiedenen Staaten bis jetzt noch nicht gesetzlich festgelegt worden ist.

4. Die neue soziale Umwälzung in Mexiko ist endgültig und als eine Vorreitung des mexikanischen Volkes von den Hemmungen einer überkommenen Vergangenheit zu bewerten. Es wäre ein leichtfertiges Urteil, die Lebensänderungen dieses zum Selbstbewußtsein erwachten Volkes als zum Völkerverwundnis führend anzusehen.

„Vereinheitlichung des Denkens zu einer Weltanschauung“, „Aberglaube und Vorurteile“, „Ritualien“, „Glaubensfreiheit“: uns kommt das alles merkwürdig bekannt vor. Sind das nicht Kernsätze aus Alfred Rosenbergs „Mythus“, dem antikirchlichen Hauptwerk des deutschen Kulturbürokraten? Sind das nicht die Prinzipien der nationalsozialistischen „Weltanschauung“, tausendfach und täglich verkündet von den braunen Machthabern? Wörtlich bei Rosenberg (S. 168):

„Der Schlüssel in dem Bau der Medizinmannphilosophie führt das vatikanische Konzil. Hier wurde der Medizinmann für die Zeit der Ausübung seines Amtes zum Gott; zum unfehlbaren Gott erklärt. Jesus ist jetzt, streng genommen, nicht mehr in Selbstvertretung, sondern abgesetzt. Abgesetzt und ersetzt durch das römische System, geführt von dem mit aller Macht ausgestatteten, sich Papst nennenden Medizinmann.“

Das, was in Mexiko geschieht, ist eine bescheidene Exekution dessen, was machende Kreise des „Dritten Reiches“ lieber heute als morgen wollen. Dabei ist es nicht einmal nötig, auf den erteilten Botenschein der „Deutschen Glaubensbewegung“ zu verweisen, die nicht nur die katholische Kirche, sondern den Glauben an den nichtarischen Christus mit dem Germanenschwert austrotzen wollen.

Bischofsprotest

Erst in diesen Tagen hat der Bischof von Trier einen neuen Vorstoß gegen das antikirchliche Buch von Rosenberg unternommen. In seinem „Kirchlichen Amtsanzeiger“ wird soeben ein langer Protest veröffentlicht, weil dieses Buch den deutschen Katholiken in Bibliotheken, in Lehrgängen und Bildungskursen aufgezogen werde. Dieses Buch, so sagt die höchste kirchliche Autorität, verachte alle Glaubenssätze der katholischen Kirche und verwerfe die Fundamente der christlichen Religion. Unter eingehender Begründung kommt das Blatt des Bischofs zu dem Schlusse, daß jeder Katholik sich weigern müsse, an Veranstaltungen, Lehrgängen usw. teilzunehmen, die der Verbreitung dieses Buches und seiner Lehren dienen.

Jetzt ist der „Kirchliche Amtsanzeiger“ der Diözese Trier genötigt worden, ein Schreiben des preussischen Kultusministeriums abzugeben. Es heißt darin, daß das Buch Rosenberg „nur auf der Liste der zur Beschaffung für Lehrbüchereien geeigneter Bücher“ steht; ein Zwang oder eine Pflicht, es zu lesen, besteht natürlich nicht. Damit entfällt auch für die katholischen Lehrer und Lehrerinnen der Gewissenskonflikt, von dem in dem dortigen Schreiben die Rede ist. Hier wird nicht abgestritten, daß das Buch zur Grundlage für nationalsozialistische Lehrgänge dient, an denen Katholiken zwangsweise teilnehmen müssen. Der „Gewissenskonflikt“ katholischer Lehrer und Lehrerinnen aber wird dreist geleugnet. Es steht fest: das Buch muß in jeder Lehrerbibliothek stehen. Gemäß den Anweisungen des Kultusministeriums birgt es den „weltanschaulichen“ Inhalt des Nationalsozialismus. Wer es ablehnt oder boykottiert, steht unter dauernder Gefahr der Beseitigung und wird höheren Ortes als geheimer Saboteur angeprangert. Jeder kennt das aus der braunen Praxis. Nur Herr Reich kennt es natürlich nicht.

Das „Gegenteil“

Noch weniger die getreue Kirchenschülerin, die „Germania“. Sie ist glücklich darüber, daß das „dritte Reich“, im Gegensatz zu Mexiko, den Katholizismus liebend hegt und jeden niederschlägt, der ihm zu nahe tritt. Sie schreibt wörtlich: Die Stellung des nationalsozialistischen Staates zu Kirche und Christentum, wie sie in Äußerungen von höchster Stelle vorliegen, ist doch wohl das Gegenteil von dem, was in der mexikanischen Revolutionsoberföpfung darüber festgelegt ist und jetzt der ganzen Welt zum wiederholten Male praktisch vor Augen geführt wird.

Wirklich das Gegenteil? Eine dieser allerhöchsten Stellen ist Rosenberg, der Kirchenvater des „Dritten Reiches“. Er brennt darauf, auch hier „praktisch“ zu werden. Er darf sicher sein, daß er bei den tapferen Nationalkatholiken im Gefolge der „Germania“ auch dann in hoher Gunst bleibt, wenn er die Abgesandten des „Medizinmannes“ von der Kanzel vertreibt.

Spanien weist aus

Madrid, 9. Nov. (Anpreß.) Die beiden deutschen Konsuln, Alie Wolf, Korrespondent von „Anpreß“ in Amsterdam und Hans Noel, Berichtshalter der „Anpreß“ in Kopenhagen, die vor mehreren Wochen in Madrid verhaftet wurden, sind aus Spanien ausgewiesen worden.

Am Pranger

Frankfurt, 9. Nov. (Anpreß.) Zwei in ihren inländischen Spalten einen Pranger für solche „Anpreß“-Einrichtungen werden, die bei der Eintopfschneide nur 20, 30 oder 40 Pfennige geben.

Die ungelöste deutsch-französische Spannung

Korrekturen von Seite 1.

Die französische Rechtsauffassung

Paris, 10. Nov. Der dem Außenministerium nahestehende „Petit Parisien“ beschäftigt sich heute mit der Meldung des Deutschen Nachrichtenbüros über den Besuch des deutschen Botschafters in Paris bei dem französischen Außenminister Laval. Der deutsche Botschafter, so wird gesagt, war beauftragt, juristische Einwände geltend zu machen, die nach Ansicht der deutschen Regierung eine etwaige Verwendung von französischen Truppen im Saargebiet im Falle, daß dort die Ordnung gestört werden sollte. Wenn man den Ausführungen dieses Besuches in der deutschen Presse nachgeht, dann stellt man fest, daß Berlin behauptet, die Saar sei deutsches Gebiet, da es unter die Bedingungen des Locarno-Abkommens falle und infolgedessen betreffe der Vertrag von französischem Militär im Saargebiet diesem Abkommen.

Man braucht, so sagt der „Petit Parisien“, kein großer Jurist zu sein, um festzustellen, daß eine solche Argumentation keinen Sinn habe. Wenn die Saar von Deutschen bewohnt wird, so hat dennoch der Versailler Vertrag für dieses Gebiet ein ganz besonderes Regime eingeführt und

den Saarländern die Freiheit gelassen, nach 15 Jahren sich für eine Wiedervereinigung mit Deutschland, oder den Anschluß an Frankreich, oder für den Status quo auszusprechen.

Bis zum 15. Januar, dem Datum der Abstimmung, bleibt das Gebiet Saarland regiert von einer internationalen Regierung. Erst nach dem 15. Januar wird man wissen, ob die Saar Reichsgebiet wird oder nicht. Die Abstimmung ist genau vorgegeben worden, um diese Frage der Souveränität zu entscheiden.

Die Berliner Regierung glaubt besonders geschickt zu sein, als sie die juristischen Einwände bei den Unterzeichnern des Locarno-Vertrages erhob. Indem sie das tat, scheint sie nicht an die rechte Lüre geklopft zu haben. Eine etwaige Inanspruchnahme von französischer Hilfe für die Einsetzungskommission im Saargebiet und ihr Kontrollorgan dem Völkerbundsrat trägt internationalen Charakter. Das ist ein Mechanismus internationaler Art. Mit gutem Grund schrieb kürzlich die „Times“, daß die Verwendung französischer Truppen im Notfall eine Maßnahme internationaler Ordnung darstelle. Die abweichenden Meinungen in juristischer Beziehung, die man über einen solchen Mechanismus haben kann, gehören also auf internationales Gebiet.

Bekennniskirche unter Hakenkreuz

Riesenkundgebung in Berlin — Die „von Gott eingesetzte Obrigkeit“

Berlin, 10. November 1934.

Die großen Kundgebungen der Bekenntniskirche haben rund 20.000 Besucher in den Ausstellungshallen am Funkturm. Es war eine in Kirchenkreisen bisher nie erhörte Demonstration. Drei Stunden lang sprachen die Redner der Bekenntniskirche, wobei sich die gespannt lauschenden Zuhörer auf Wunsch des Leiters jeder Beifalls- oder Mißfallens-äußerung enthielten. Um auch nur den Verdacht, als handle es sich um eine getarnte politische Kundgebung gegen die Machthaber des „dritten Reiches“ zu zerstreuen, webten im Riesentraume die Hakenkreuzfahne und das schwarz-weiß-rote Banner.

Die Kundgebung wurde mit Gebeten und Kirchenliedern eröffnet. Zunächst sprach der Führer der Bekenntniskirche, Superintendent R. H. Er erklärte, daß die Bekenntniskirche entschlossen sei,

Ihren Kampf zu Ende zu führen.

Eine Kirche, in der statt der Liebe die Gewalt herrsche, sei eine Lächerung Jesus Christus. Aber immer wieder betonte R. H., daß die Bekenntniskirche zum Staat stehe und zu der von Gott eingesetzten Obrigkeit. Mit dem christlichen Bekenntnis des Lutherums seien alle Behauptungen und Verleumdungen widerlegt, als ob die Bekenntniskirche feindlich gegen den Staat eingestellt sei.

Nach R. H. sprach der bekannte Berliner Pfarrer Dr. Riemüller. Er zeigte die Kluft zwischen der Opposition und der Reichsregierung noch deutlicher und stellte mit, daß die Zahl der bestraften und abgesetzten Pfarrer tausend überschritten habe. Früher in der evangelischen Kirche werde erst dann wieder möglich sein, wenn es keinen Zweifel mehr darüber gebe, daß Christus der alleinige Herr der Kirche sei.

Im Schlußgebet, das die Gemeinde nachbetete, wurde ausdrücklich neben dem Vaterland auch der „Führer“ mit eingeschlossen. Man erkennt daraus, mit welcher demonstrativer Absicht die Männer der Bekenntniskirche jeden Verdacht von sich fernhalten wollten, als ob sie Gegner des „dritten Reiches“ seien. Wir haben oft darauf hingewiesen, daß die kirchenpolitische Opposition in jedem Betracht etwas gänzlich anderes ist als die politische.

Die Führer der Bekenntniskirche und ein sehr großer Teil der ihr folgenden Gläubigen sind Anhänger eines traditionell-konservativen Protestantismus. Sie wollen gläubig in ihren Gemeinden leben und sind darum Gegner einer ihnen fremden und fernen Reichsregierung. Werden ihre Wünsche erfüllt, so wird ein sehr großer Teil dieser Gläubigen seinen vollen inneren Frieden mit Hitler machen.

Damit hört die Bekenntniskirche freilich auf, ein wichtiger Exponent des Kampfes gegen die geistige Gleichschaltung

zu sein. Sie begnügt sich mit der Niederlage des Reichsbischofs und bekennt sich zu der von „Gott eingesetzten Ordnung“, ohne näher zu prüfen, ob der Inhalt dieser Ordnung noch irgend etwas mit Gott zu tun hat.

Jedenfalls wird die neue Bekenntniskirche nach ihrem Siege nicht das sein, was so viele voller Hoffnung von ihr erwartet haben: eine Stütze des Rechts, der Gerechtigkeit und des loyalen Kampfeswillens wider einen Staat, der Menschenrecht und Menschenwürde widersprüchlich zu „totalen“ Zwecken mißbraucht.

Der militante Probst

Sturmszenen von Luckenwalde

Die Feindseligkeiten zwischen den „deutschen Christen“ und der Opposition begannen überall wieder auszuflammen. Ein gravierender Zwischenfall hat sich, wie wir schon kurz berichteten, in Luckenwalde in der Kurmark abgespielt. Der für diesen Kirchenprengel zuständige Probst Voerzer, ein ehemaliger Kampflieger und langjähriger Nationalsozialist, drang, so berichtet ergänzend die „Neue Zürcher Zeitung“, mit einer Sprengkolonne in eine Versammlung der Bekenntniskirche ein, wo gerade ein Kapitel aus der Bibel vorgelesen wurde, und begann mit lärmenden Aufschreien die gottesdienstliche Handlung zu stören. Als nachher ein Notbündelpfarrer das Wort ergriff, erteilte die Versammlung in einem Tumult aus. Die beiden anwesenden Geistlichen der Bekenntniskirche wurden gepöbelt und mit Fußstößen die Treppe hinuntergeworfen.

Probst Voerzer ist erst am 28. Oktober dieses Jahres von Reichsbischof Müller mit einer großen Zeremonie in der Nikolaikirche von Potsdam in sein Amt eingeführt worden. Bei diesem Anlaß waren nicht nur auf der Kuppel der Kirche, sondern auch im Innern der Kirche Hakenkreuzfahnen ongebracht. Der Pfarrer wohnen zahlreiche SA- und SS-Männer, Hitlerjugenden und Arbeitsdienstpflichtige in Uniform sowie eine Abordnung von Fliegern bei. Das Drama der „deutschen Christen“, „Evangelium im Dritten Reich“, bemerkte dazu, daß die Töchter des nationalen Kampfes in die Kirchen und die Gotteshäuser eilten, ebenso wie die Uniform der Wehrmacht, das braune Hemd, der SA und das Dienstkleid der SS. ...

Breslau, 9. Nov. Der protestantische Bischof von Schlesien, Ränker, auf seinen Pöken durch den Reichsbischof Müller berufen, ist in der „Evangelia“-Zeitung übergetreten. Seinem Beispiel folgten sechs Professoren der Theologie an der Universität Berlin.

„Dritten Reich“, und wie sie den Einfuhr von Rohstoffen durch die Nazi-Blau-Politik gedroht werden muß, ist die Rohstoffknappheit und die Preissteigerung sowie Hamaker im Hitler-Paradies entstanden. Solange diese Blau-Politik weiter betrieben wird, können die Ankäufe nicht verhindert werden.

Ein Erfolg Gömbös'

Rom, 9. November.

Die Verhandlungen Mussolini-Gömbös haben sich in vollkommener Herzlichkeit abgewickelt. Die Unterhaltung von Mittwoch nachmittag hat drei Stunden gedauert. Das darüber am Spätabend veröffentlichte Kommuniqué ist in den optimistischen Tönen gehalten.

Zuletzt hat sich durch den Besuch von Gömbös in Rom die italienisch-ungarische Freundschaft gefestigt. Die nun zu Ende geführten Wirtschaftsverhandlungen werden auch die Ungarn befriedigen. Italien hat sich bekanntlich durch das Protokoll von Rom verpflichtet, in Ungarn eine Million Zentner Getreide zum Preis von 45 Lire per Zentner zu kaufen (ein gegenüber den normalen Kursen äußerst vorteilhafter Preis). Es hat auf eine zweite Million Zentner, die es sich verpflichtete unterzubringen, eine Option, so daß fast zwei Drittel der ungarischen Ernte auf diese Weise verkauft wird. Das in dem Protokoll vom März 1934 vorgesehene Getreideverbot war aber aus „technischen Gründen“ bisher noch nicht durchgeführt, jetzt aber soll er unverzüglich aufgehoben werden.

Politisch ist sein neues Abkommen getroffen, aber die bestehenden Vereinbarungen sind vollständig bestätigt worden und Mussolini verdient uneingeschränktes Lob. Tann scheint Gömbös gewisse Zusicherungen in Bezug auf die Grenzrevision von Mussolini erhalten zu haben.

Goerdelers Erzählungen

Berlin, 10. November 1934.

Der neue Reichskommissar für Preisüberwachung, Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, hat gestern eine Erklärung vor der Presse abgegeben. Im sachlichen Teil dieser Rede war von sachlichem Interesse lediglich die Erklärung, daß alle neuen Preisbindungen von seiner Zustimmung abhängig gemacht werden und daß eine Anmeldepflicht für alle diejenigen Preisbindungen eingeführt wird, die seit dem 1. Juni 1933 neu vorgenommen worden sind, damit diese Preisbindungen einer Überprüfung unterworfen werden können.

Was hingegen Goerdeler in dem allseits in Teil seiner Rede gesagt hat, ist typisch für die hilflose Argumentation der Diktatur-Regierung in ihrem hoffnungslosen Kampfe gegen die Preissteigerung. Goerdeler sagte nämlich:

„Die Weltmärkte seien sehr groß und drückten zum Abfall. Der bei dieser Rede der Diktatur an Hamster denkt, der handelt nicht nur würdevoll gegen die Interessen der Allgemeinheit, denn er treibe in den Preis anzuheben in die Höhe, sondern er werde sich eines Tages auch nicht überaus klug vorfinden. Manche Vorgänge auf dem Gebiete der Handelspolitik berechnen und zu der Annahme, daß wir bald wieder in den Reichsärzterreich wichtiger Rohstoffmangel kommen. Und wenn dann diese Rohstoffe zu den niedrigen Preisen des Weltmarktes herbeikommen und verarbeitet werden, dann werde dafür gesorgt werden, daß der Preis des Fertigfabrikats sich darauf einstelle, also sinkt. Es würden sich dann diejenigen sehr schädlich fühlen, die vor mehr als ein Jahr noch in der Lage waren, auf dem Weltmarkt zu verkaufen. Auf der Wirtschaftsmann, der solcher Hamster Vorwand teilte, sei nichts wert. Gerade unsere Generation, die die ganze Kriegswirtschaft und Rohstoffwirtschaft auf dem Weltmarkt aufgebaut habe, könne, die Rohstoffe nicht mehr, das mit ein wenig, aber zum Ganzen und mit einem Schuß Disziplin hier ungeheuer viel genützt werden könne.“

Goerdeler „verah“ nur auf die „Reinigkeit“ hinzuweisen, daß zwar Vorräte in der Welt genug seien, nicht aber im

Ein bezeichnendes Dokument

Nachdem von besorgten Hausfrauen die Geschäfte belagert und die Bestände in den verschiedensten Artikeln völlig aufgekauft worden sind, ist man im Deutschland des stolz verkündeten „Wiederaufbaus“ nun schon seit Wochen dazu übergegangen, die Lieferungen an die Geschäfte zu reglementieren. Vor uns liegt das Schreiben einer Düsseldorf-Firma vom 11. Oktober 1934, dessen Ursprung wir aus den bekannten Gründen nicht näher anzugehen vermögen und das den folgenden Wortlaut hat:

„Herrn Nähgarn.

Auf Grund der Faserstoffverordnung dürfen die Nähgarnfabriken nur mehr 36 Stunden wöchentlich arbeiten. Dem entsprechend ist der Produktionsausfall geringer. Entsprechend den Anweisungen der Regierung muß daher Sorge getragen werden, daß einerseits Hamster- und Spekulationskäufe unter allen Umständen unterbunden werden und daß andererseits jedem Kunden im Rahmen des Möglichen sein wirklicher Bedarf gegeben wird.

Als Maßstab für den wirklichen Bedarf müssen unsere Werke hierbei den Vorjahresumsatz zugrunde legen. Eine gerechte Verteilung liegt im eigenen Interesse der Kundschaft und im Interesse der Allgemeinheit. Nach Ihrem Vorjahresumsatz beträgt Ihr Monatsbedarf 16.— RM. In den letzten Monaten erhielten Sie: Juli 23.— RM., August 45.— RM., September 37.— RM., Oktober 10.— RM. Vorbestellungen für spätere Monate können nicht vorzemerkt werden. Wir bitten Sie daher, uns freundl. Ihren Bedarf im Januar 1935 wieder aufzugeben.

Wir hoffen, daß es recht bald möglich sein wird, eine Lockerung der gegenwärtigen Bestimmungen vorzunehmen und bitten Sie, versichert zu sein, daß auch wir es aufrichtig bedauern, wenn wir Ihnen keine größeren Mengen zuteilen können. Mit deutschem Gruß . . .“

Die Ursache der Hamsterkäufe

Im nachfolgenden bringen wir einen Auszug aus dem offiziellen Bericht der Stuttgarter Handelskammer über die Lage der württembergischen Textilindustrie. Aus dem Bericht ist, trotz dem zur Schau getragenen Optimismus, deutlich die Sorge um die Rohstoffknappheit zu erkennen, die zu Lieferungsbeschränkungen führt und damit die Angstkäufe fördert. Im Bericht heißt es u. a.:

„Die weitere Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist aufs engste verbunden mit der gegenwärtigen Rohstoff- und Devisenlage und der sich hieraus ergebenden Notwendigkeit der Erschließung neuer Rohstoffquellen. Daraus wird sich zwar eine gewisse Umschichtung der Wirtschaftsstruktur ergeben, gleichzeitig aber auch eine weitere Festigung des Binnenmarktes.

Die Eindrücke für das kommende Weihnachtsgeschäft haben teilweise sehr lebhaft eingewirkt.“

In der Kammgarnspinnerei sind die Verhältnisse naturgemäß von den Schwierigkeiten der Rohwollbeschaffung bestimmt. Die Schwierigkeiten, die in der Übergangszeit den Tausch- bzw. Verrechnungsgeschäften entgegenstehen, haben zu einer fühlbaren Erleichterung noch nicht führen können. Die Lagerbestände haben sich weiterhin verringert, so daß der Inlandsabsatz eingeschränkt werden mußte. Das Auslandsgeschäft ist nach wie vor ungünstig. Die Weiterentwicklung wird davon abhängen, wie einerseits die Zufuhr von Rohwolle, andererseits die Produktionsmöglichkeiten für die Kunstspinnfaser sich gestalten.

In der Baumwollspinnerei, Weberei und Ausrüstung leidet die Beschaffung der nötigen Rohmaterialien an Schwierigkeiten. Dispositionen auf längere Zeit sind bei der gegenwärtigen Rohstoff- und Devisenlage nicht möglich. Es wurden allgemein Reparaturen vorgenommen, um die Kundschaft möglichst gleichmäßig und gerecht zu beliefern.

Der Beschäftigungsgrad hält sich im allgemeinen in den durch die Arbeitszeitbeschränkung der Faserstoffverordnung bestimmten Grenzen. Im übrigen ist die Arbeitszeit naturgemäß an erster Stelle durch die verringerte Rohstoffzufuhr beeinflusst. Von der in der Faserstoffverordnung vorgesehenen Möglichkeit der Genehmigung einer längeren Arbeitszeit durch die Gewerbeaufsichtsbehörden wurde von den letzteren nur in geringerem Umfang Gebrauch gemacht. Die Preise bewegen sich trotz der durch die kürzere Arbeitszeit entstandenen Mehrkosten im allgemeinen im Rahmen der durch die Faserstoffverordnung gezogenen Grenzen. Die Garne- und Gewebepreise folgten teilweise im Verhältnis des Rohstoffanteils der Fabrikate den nachgebenden Rohbaumwollpreisen. Der Zahlungseingang ist teilweise etwas langsamer geworden. In der Baumwollweberei- und Nähfadensindustrie sind Nachfrage und Beschäftigungsgrad durchaus befriedigend, doch hängt die Weiterentwicklung von der Entwicklung der Rohstoffzufuhr ab. Das Auslandsgeschäft ist weiterhin schwierig.

In der Tuchindustrie haben sich Auftragseingang und Beschäftigungsgrad gegenüber dem Vormonat nicht wesentlich geändert. Eine Rationierung der Auftragsbefriedigung ließ sich nicht umgehen. Die Lagerbestände haben sich weiterhin verringert.

In der Strickwarenindustrie sind Beschäftigungsgrad und Auftragseingang nach wie vor gut. Die Lager sind nahezu geräumt. Das Auslandsgeschäft ist nach wie vor ungünstig. Die Preisgestaltung für Garne ist nicht einheitlich.

Die Trikotwarenindustrie verzeichnet nach wie vor einen befriedigenden Beschäftigungsgrad und Auftragseingang. Im Rahmen der Faserstoffverordnung wäre auf Monate hinaus Vollbeschäftigung gesichert, wenn die Rohstoffzufuhr erweitert werden könnte. Die Preise für Garne sind nach wie vor im Anziehen begriffen, ebenso haben sich die Fabrikatpreise im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zum Teil leicht erhöht.

In der Jacquardweberei hat der Beschäftigungsgrad und der Auftragseingang saisongemäß zugenommen. Die Preise sind im Verhältnis der gestiegenen Baumwoll- und Leinenpreise leicht erhöht. Das Auslandsgeschäft ist sehr schwierig, wird jedoch unter großen Anstrengungen fortgeführt.“

Die Kriegsbereitschaft der Hitler-Diktatur

Es ist das Eigenartige der heutigen deutschen Wirtschaft, daß sie völlig in den Dienst der Machterhaltung der Diktatur gestellt ist und deren Ziel, der Kriegsbereitschaft, zu dienen hat. Die Vervollständigung und Absolutierung der Staatsmacht wird nicht nur auf dem politischen und geistigen Gebiet restlos durchgeführt, nicht nur wird der in der Demokratie sich selbst bestimmende Staatsbürger zum staatshörigen Soldaten degradiert, sondern die gesamte Wirtschaft wird dem Ziel der Kriegsvorbereitung untergeordnet ohne Rücksicht auf die Kosten und ohne Rücksicht auf die Einzelinteressen ihrer einzelnen Zweige. Es ist wirklich nicht so, wie Schacht sagt, daß die deutsche Ausfuhr infolge der Exportbemessungen nicht bezahlt werden könne. Seit 1933 sind der deutschen Ausfuhr wirklich wesentliche Hemmnisse durch das Ausland nicht mehr entstanden — die ausländischen Gläubiger finanzieren ja zum großen Teil das deutsche Dumping. Es sind die Maßnahmen der deutschen Kriegswirtschaft selbst, die diesen Zustand herbeigeführt haben und ihn fortlaufend verschärfen. Wenn die deutsche Agrarpolitik die Zufuhr zum Ausland sperrt, dadurch die bisherigen Handelsbeziehungen abbricht und so rückwirkend den Industrieexport unterbindet, wenn sie durch Zwangskartellierung und Marktbewirtschaftung die Lebenshaltung fortgesetzt verteuert, die industriellen Produktionskosten steigert und die deutsche Wettbewerbsfähigkeit vermindert, so dient das zwar auch dem unmittelbaren Zweck der Machterhaltung der Diktatur durch die Sicherung einer blauerlichen Massenbasis, aber mit diesem Zweck verbunden und ihn beherrschend ist der andere der „Nahrungsfreiheit“, der Selbstversorgung im Falle des Krieges und einer neuen Blockade.

Die Milliarden, die diese Politik durch Steigerung der Lebenshaltung und durch Verlust des Exports kostet, müssen unmittelbar dem Militärbudget zugeführt werden, das schon allein deshalb das höchste in der Welt ist.

Zu den Kosten der Agrarpolitik kommen aber die ungeheuren Ausgaben für die industrielle und personelle Durchführung der Kriegsbereitschaft. Die sogenannte Arbeitsbeschaffung dient gewiß ebenso wie die Agrarpolitik der Erhaltung einer Massenbasis für die Diktatur. Aber wieder ist mit ihr verbunden der militärische Zweck. Arbeitsbeschaffung, das ist in erster Linie die ungeheure Steigerung der Kriegsindustrie, ihre Umstellung auf die Fließfabrikation von Kriegsmaterial aller Art, der Bau von Kasernen und unterirdischen Flugzeughangars, das sind der freiwillige Arbeitsdienst und die Arbeitsdienstlager, in denen die Reservisten ausgebildet werden, das ist die Verdreifachung der Reichswehr, das ist die Motorisierung der Armee, die Subventionierung der Automobilfabrikation, der forcierte Ausbau der eurer beschleunigten Mobilisierung dienenden Autostraßen usw. usw. Daß diese inflatorisch finanzierten Milliardenausgaben, die zum großen Teil nichts anderes sind als ein Teil des Militärbudgets, zunächst die inländische Produktion gefördert, damit die Nachfrage nach ausländischen Rohstoffen gesteigert, den Ausfuhrüberschuß zum Verschwinden gebracht haben, ist selbstverständlich und hat mit der Politik ausländischer Regierungen wahrlich nichts zu tun. Daß der verschwundene Ausfuhrüberschuß die Bezahlung der auswärtigen Gläubiger unmöglich macht, ist wieder selbstverständlich, beweist aber nur das eine, daß die Diktatur einen Teil der Finanzierung auf die Gläubiger derjenigen Staaten abwälzt, gegen die sich die Kriegsvorbereitung richtet.

Das ist bis jetzt zum Teil gelungen, allerdings um den Preis, daß die Versorgung mit den nötigen Rohstoffen ins Stocken gerät. Und so beginnt der neue Abschnitt, in dem — wieder ohne Rücksicht auf die Kosten — der militärische Zweck, den die Agrarpolitik mit der „Nahrungsfreiheit“ zu erfüllen hat, mit der Herstellung einer möglichst großen „Rohstofffreiheit“ zu erreichen gesucht wird.

In Weimar hat Schacht verkündet, daß die Herstellung von künstlichem Gummi jetzt völlig gelungen sei. Leider hat er kein Wort darüber verloren, was das neue Produkt kostet. Nun konnte man bereits im Kriege einen Gummi-Ersatz künstlich herstellen. Aber das Verfahren wurde sofort verlassen, als der Naturkautschuk wieder herinkam. Nun hat Kautschuk zudem in der Krise vielleicht den größten Preisanstieg

von allen Waren erlitten. Der Preis sank von 44 Pence im Jahre 1926 auf 2½ in 1931, um sich dann auf 6 bis 7 Pence zu erholen. Ein von der amerikanischen Dupontgesellschaft entwickeltes Produkt, das technisch einwandfrei ist, kostet 5 Mark pro Kilo gegenüber 80 Pfennig für das Naturprodukt! In Deutschland hat man in letzter Zeit verschiedene Ersatzstoffe für Gummi hergestellt, die aber technisch die Eigenschaften des Naturgummis nicht erreichen. Aber auch der billigste Ersatz kostet mehr als das Doppelte und seine Verwendbarkeit ist beschränkt.

Nicht viel anders steht es mit dem Ersatz von Kupfer durch Aluminium. So erfordert die Anwendung des Aluminiums beim elektrischen Freileitungsbau einen höheren Kostenaufwand. Das Material ist um 36 Prozent teurer als die Kupfermenge, die für die gleiche Leistung erforderlich ist und die Leitung erfordert wegen der größeren Zerbrechbarkeit des Aluminiums eine größere Anzahl von Masten. Bei Hauptleitungen betragen diese Mehrkosten etwa 20 bis 25 Prozent und wachsen bei Mittelspannungsleitungen bis zu 60 Prozent an. Jedenfalls wird es, wie auf einer Tagung des Reichsverbandes für Elektrizitätsversorgung konstatiert wurde, noch vieler Vorarbeiten bedürfen, um die Umstellung auf Aluminium auch wirtschaftlich möglich zu gestalten, wenn die Versorgung mit möglichst billigem Strom nicht gefährdet werden soll.

Daß die Preise für künstliches Benzin drei- bis viermal so hoch als für Naturbenzin zu stehen kommen, haben wir schon hervorgehoben. Aber die Treibstoffe gehören zu den wichtigsten Kriegsstoffen und da mit der Erweiterung der Produktion auch die einflussreichen Interessen der Chemietrusts verbunden sind, so wird die Ausdehnung der Benzinherstellung mit aller Energie betrieben. Professor Drape von der Berliner Technischen Hochschule berichtete darüber auf der „Kraftfahrttechnischen Tagung“:

„1933 betrug der Verbrauch an flüssigen Treibstoffen im Verkehr insgesamt 1,9 Millionen Tonnen, darunter waren rund 1,5 Millionen Tonnen Leichtöle und 0,4 Millionen Tonnen Diesellole. Rund 650 000 Tonnen, also etwa ein Drittel, wurde durch inländische Erzeugung gedeckt. Durch die geplante Erweiterung der Benzingewinnung in Leuna auf 350 000 Tonnen jährlich, den Bau einer neuen Anlage durch die Pflichtgemeinschaft Braunkohle mit einer Jahreserzeugung von 400 000 Tonnen sowie durch eine mögliche Benzolgewinnung von 350 000 Tonnen und eine Benzingewinnung aus deutschem Erdöl und der Braunkohlenschwefelung von 150 000 Tonnen können in absehbarer Zeit die inländische Treibstoffherzeugung auf 1,25 Millionen Tonnen erhöht werden. Unter Berücksichtigung der Spritbeimengung bedeuten das 1,4 Millionen heimischer leichter Treibstoffe.“

Schwieriger ist die Steigerung der Inlandserzeugung an Diesellole, die bisher nur 70 000 Tonnen im Jahre betrug. Aus einer inländischen Erdölförderung von 300 000 Tonnen, die in diesem Jahre erreicht werden dürfte, lassen sich bestenfalls 60 000 Tonnen Diesellole gewinnen. Eine Vervielfachung der heutigen Braunkohlenschwefelanlagen könnte etwa 200 000 Tonnen brauchbaren Diesellole im Jahre liefern. Eine solche Ausweitung erscheint aber nur dann möglich, wenn für Treiböl ein ausreichender Preis erzielt wird und wenn der bei der Schwefelung entstehende Koks in hochwertiger, stückiger Form auftritt. Die letzte Voraussetzung könne heute als technisch gelöst betrachtet werden.“

Der „ausreichende Preis“ wird aber von der Diktatur rücksichtslos garantiert, denn es handelt sich ja nicht mehr um wirtschaftliche, sondern um rein militärische Erwägungen.

Dazu kommt aber, daß die Zwangswirtschaft alle Rohstoffe für die deutsche Produktion belastet und verteuert. So liegen z. B. die deutschen Wollpreise um 130 bis 237 Prozent über dem Weltmarktpreis und zeigen auch in letzter Zeit noch steigende Tendenz, während sie am Weltmarkt zurückgehen.

Das Unheimliche an dieser ganzen Entscheidung ist, daß sie offenbar nur für eine bestimmte Zeit möglich ist. Die Belastung der Gesamtwirtschaft ist so groß, daß sie auf die Dauer schwer getragen werden kann. Dann aber entsteht die bange Frage, wann glaubt die Diktatur den Zeitpunkt gekommen zu sein, in dem die Wirtschaft erreicht ist?

Dr. Richard Kern.

Selbst Schwarzkopf klagt

Die Berliner Maschinenbau A.-G., vorm. L. Schwarzkopf, gehört zu denjenigen Betrieben, von den den Rüstungsaufträgen der Hitler-Regierung profitiert hat. Dennoch muß auch dieses Großwerk trotz des geheuchelten Optimismus zugeben, daß nicht alles in Ordnung ist. So entnehmen wir dem Geschäftsbericht der Firma u. a. folgendes:

„Im letzten Geschäftsbericht haben wir darauf hingewiesen, daß unsere Gesellschaft bei anziehendem Geschäft wieder der Rentabilität zugeführt werden kann. Die Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung haben in ihrer unmittelbaren und mittelbaren Auswirkung nunmehr diese Vorbedingung geschaffen: der Umsatz ist durch das Inlandsgeschäft erheblich gestiegen. Das Auslandsgeschäft ist als Folge der handels- und währungspolitischen Verhältnisse weiter zurückgegangen.“

Außer mit den in der Bilanz unter „Anlagevermögen“ ausgewiesenen Zugängen auf den einzelnen Posten und mit den laufenden Instandhaltungen haben wir uns im Berichtsjahre an der Arbeitsbeschaffung mit außerplanmäßigen Instandsetzungsarbeiten beteiligt, deren Kostenbetrag die Gewinn- und Verlustrechnung durch Erhöhung der „Sonstigen Aufwendungen“ nicht unwesentlich beeinflusst hat. (Die „sonstigen Aufwendungen“ sind nämlich von 473 Tausend auf 703 Tausend gestiegen). Im Interesse der Minderung der Arbeitslosigkeit und der Bereitstellung von Devisen bemühen wir uns trotz aller bestehenden Schwierigkeiten und trotz der ungünstigen Preise auch dauernd weiter um die Hereinnahme von Auslandsaufträgen.“

Bekanntlich sind auf eine Anordnung des Reichswirtschaftsministeriums die Werke, die Rüstungsaufträge erhalten, verpflichtet zur Bereitstellung von Devisen, unter allen Umständen, auch unter Verlustpreisen auszuführen. Zu diesen Firmen gehören auch die Schwarzkopf-Werke.

Kakaomangel

Der Treuhänder für die Rohkakao verarbeitenden Betriebe hat bestimmt, daß Saisonartikel wie Weihnachtsmänner, Osterhasen, Maikäfer und Ähnliches, ferner „Fantasiewaren“ wie Spiele, Eisenbahnen, Dampfer, Zigarren und Zigaretten usw. nur noch aus Milchschokolade hergestellt werden dürfen. Soweit es die Rezepturen zulassen, ist Magermilchpulver zu verwenden. Diese Vorschrift bezieht sich erstmalig auf alle Erzeugnisse für das Ostergeschäft 1935. Ausgenommen von dieser Vorschrift sind gefüllte Saisonartikel, Schaustücke und für die Ausfuhr bestimmte Erzeugnisse.

Ferner haben die Betriebe bis zum 20. November d. J. die jährlich verarbeiteten Mengen Rohkakao für die Jahre 1924 bis einschließlich 1933 zu melden, wobei die in den einzelnen Jahren verzollten Mengen Rohkakao zugrunde zu legen sind. Die Verzollungspapiere gelten als Unterlage. Endlich wird die Bestimmung, daß sämtliche Einkäufe von Rohkakao nur nach vorheriger Zustimmung des Treuhänders getätigt und sämtliche Vorräte der Betriebe an Rohkakao-Abfabrikaten und Ueberzugsmassen nur in monatlichen Grenzkontingenten verarbeitet werden dürfen, bis zum 31. Dezember 1934 verlängert.

Berlin und München

„Wiedergeburt deutscher Kunst“

Meine Bemerkungen über München als die neudeutsche Kunstzentrale („Saar-Volksstimme“ vom 26. Oktober) haben auch den Weg nach München selbst gefunden. In einem Nebensatz war da die Rede von dem mysteriösen und genau wie beim Reichstagsbrand nie aufgeklärten Glaspalastbrand. Daraufhin erhalte ich aus München ein Schreiben von einer Persönlichkeit, die durch ihre berufliche Tätigkeit über die Vorgänge im deutschen Kunstleben gut orientiert ist und an deren Zuverlässigkeit und Vertrauenswürdigkeit kein Zweifel besteht. Seit dem Reichstagsbrand tauchten in München immer bestimmter auftretende Gerüchte auf, daß der Münchener Glaspalastbrand auch nicht auf Zufall oder Unachtsamkeit zurückzuführen sei. Eingeladen für die Ausstellung war ja damals der „Kulturbolschewismus“, Liebermann, Schmidt-Rottluff, Nolde usw., während von den mit Hitler befreundeten Malern behauptet wurde, „die wahre, nationale, heroische Kunst“ solle dabei unterdrückt werden. Daß die Untersuchung über die Theaterbrand nicht vom Fleck kam, ist bekannt. Nach der „nationalen Erhebung“ soll die weitere Untersuchung überhaupt verboten worden sein. Neue Nahrung erhielten diese Gerüchte durch einen merkwürdigen Parallelfall. Die „Neue Sezession“ Jungen, die ja auch die Kulturbolschewisten aus Berlin eingeladen hatten und am meisten durch den Brand geschädigt wurden) bereiteten eine instruktive Ausstellung „Das Handwerk des Malers“ in München vor. Die ganze Zeit der Ausstellung mußte sie unter strenger polizeilicher Bewachung bleiben. Das hatte folgenden Grund: Die Nazimänner hatten gerade wegen ihrer alten Feinde, der „Neuen Sezession“, und wegen dieser vorbereiteten Ausstellung eine Sitzung. Das jetzt folgende ist absolut Tatsache. In dieser Sitzung wurde der Beschluß gefaßt, die Ausstellung einfach anzuzünden und abzubrennen und die ganze Sache den Kommunisten in die Schuhe zu schieben. Von allen Naziteilnehmern empörte sich dagegen nur eine Malerin (zwar auch Nazi, aber anständiger Mensch) und versuchte die Sache zu verhindern. Sie mußte die Aussichtslosigkeit einsehen, außerdem wurde ihre Gesinnung noch angezweifelt. Sie beruhigt sich aber nicht und geht wenige Tage später zu dem Münchener Stadtrat Flügel, der als gemäßigter Idealtypus alle Gewalt verhindern will. Er untersucht, schlägt zwar auf höheren Befehl dann nieder, aber stellt dauernden polizeilichen Schutz. Das arme Mädchen darf zwar noch malen, aber nicht mehr ausstellen. Sie wird restlos boykottiert. Die Ausstellung hat stattgefunden und jeder erzählt in München diese näheren Umstände.“

Ich gebe diese Mitteilung, so wie ich sie erhalten habe, ohne Kommentar und mit dem nötigen Vorbehalt wieder. Fest steht, wie gesagt, daß an der Zuverlässigkeit und Vertrauenswürdigkeit des Schreibers kein Zweifel besteht. Bezeichnend ist immerhin, was man im Münchener Kunstleben für tatsächlich möglich hält.

Der „Völkische Beobachter“ bringt, fette Schlagzeile über die ganze erste Seite hinweg: „Der Weg zur Wiedergeburt deutscher Kunst“. Was für einen Weg hat der „Völkische Beobachter“ auf einmal gefunden? Man hat in Baden-Baden eine Ausstellung Münchener Künstler gezeigt und als Revanche dafür wurde in München eine Ausstellung „Süddeutsche Kunst“ aus den angrenzenden Bezirken veranstaltet. Mein Gott, das ist doch früher auch geschehen. Die Düsseldorf schickten ihre sonst unverkäuflichen Bilder nach München und die Münchener ihre dito nach Düsseldorf. Die Berliner Sezession, kulturbolschewistisch infiziert, hat sogar in den letzten Jahren des „Systems“ regelrecht solche Ausstellungen über alle deutschen Sezessionen hinweg organisiert. Viel rausgekommen ist dabei allerdings nicht, den eigentlichen Nutzen hatte das Speditionsgewerbe, das an Fracht- und Verpackungskosten profitierte. Nun aber ist ganz was anderes, nämlich — Wiedergeburt deutscher Kunst.

Natürlich mit entsprechenden Reden. Der bayrische Ministerpräsident Siebert, der badische Kultusminister Wacker und so und so viel andere redeten schwungvoll. So gar auch der Landesleiter der Reichskammer der bildenden Künste in Bayern, Pögelberger, ein schon etwas überlehter und daher zum Landesleiter berufener Maler, durfte reden. Laut „Völkischem Beobachter“ nur ein paar Gemeinplätze, daß gute Kunst ein natürliches Wachstum haben müsse und es könne nicht genug vor Uebereilung gewarnt werden. Was Herr Pögelberger aber ausführlicher noch geredet hat, teilt der „Völkische Beobachter“ leider nicht mit. Vielleicht dasselbe, was er kürzlich in einer Mitgliederversammlung der Reichskammer der bildenden Künste gesagt hat. Da z. B. meinte er, „mit diktatorischer Gewalt allein“ könne man „die Kunst nicht in bestimmte Bahnen lenken“, er hat sogar etwas von „stereotyper Propaganda“ gesagt und daß Kunst, die keine innere Kraft habe, sondern bloß angepriesen und aufgenötigt werde, den letzten Rest von Kredit verliere. Mehr noch, gerade heraus hat er von der Talentlosigkeit gesprochen, die nun wieder einmal bemüht sei, den Patriotismus vor den Karren ihrer Erfolglosigkeit zu spannen. „Es sind Stimmen laut geworden, die uns den Vorwurf eines allzu weitgehenden künstlerischen Liberalismus gemacht haben. Es hieß, wir hätten die Pflicht, endlich einmal mit dem „Bolschewismus“ in der Kunst aufzuräumen, nicht ernst genug genommen. Ich spreche es hier in aller Öffentlichkeit aus, daß ich von keinem einzigen echten

Künstler je ein solches Wort des Vorwurfs gehört habe, dafür aber von Leuten, deren Fähigkeiten so eng begrenzt und deren Arbeiten von einer solchen Belanglosigkeit waren, daß ich sie nur als die Verkörperung künstlerischen Spießertums bezeichnen kann. Aus ihnen spricht nur der Neid und der Groll der Unfähigkeit.“

„Spießertum“, „Unfähigkeit“, bloß „aufgenötigte Kunst“, so also beurteilt der kunstmetropolitische Landesleiter der Reichskammer der bildenden Künste den neuesten Zuwachs dem ihm unterstellten Kunstlebens. Der „Völkische Beobachter“, an dessen Adresse gerade diese Ausführungen gerichtet gewesen sein sollen, nennt das stolz „Wiedergeburt deutscher Kunst“.

Nebenbei: 2500 Mark hätten sich flüssig machen lassen als Ankaufssumme für die Ausstellung, hat großartig der Ministerpräsident verkündet. Viel kosten lassen sie sich die Wiedergeburt der zunächst einmal um die besseren Kräfte gebrachten deutschen Kunst nicht. Für Fackelzug oder anderen Trara pflegen sie weniger zaghaft flüssig zu machen.

Um auch den Arbeitern etwas zu bieten, hat Adolf Rosenberg in einer „Kulturkneipe“ vor den Arbeitern der Opel-Werke wieder ein bißchen Blubo-Reklame geredet. Das Auto ist ja ein in ganz hervorragendem Maße Blut und Boden verbundener Artikel, besonders, wenn es mit Pannne, Boden verbunden, auf der Landstraße liegt und nicht vom Fleck kann.

Von der laut Rosenberg „ersten Kulturtat, der sozialen Tat: Arbeit um der Ehre der Arbeit willen“, wollen wir weiter nicht reden. Weniger Lohn und statt dessen die hohe Ehre, mehr arbeiten zu müssen, kann man ja auch soziales Programm, meinetwegen nationalsoziales Programm nennen.

Die also mit kümmerlicherer Bezahlung Geehrten hätten, meint Rosenberg, antimarkistischen Protest zu erheben gegen die weltstädtische Kunst, die „keine großen Gedanken gezeitigt habe“. Das alte Rom z. B. konnte es, will mir scheinen, mit dem so großen kulturellen Gedanken des Herrn Rosenberg zur Not noch aufnehmen und das Kolosseum, das Weltstädtischste an Architektur, war schließlich auch nicht aus brauner Pappe. Im gleichen Atemzug dann aber zu reden über das monströse „Schauspiel der Arbeit“, das nach den Ideen des Führers in Köln aufgeführt werden soll! Wenn etwas Ausartung gerade des weltstädtischen Geistes ist, so ist es doch diese für 2 Millionen stumme Statisten berechnete Demonstrationsscheune. Vielleicht, um den allzu weltstädtischen Propagandareklamgeist dieses Arbeitshauses zu verdecken, wird man es dörrlich-gemütlich mit einem Strohdach eindecken. Warum nicht? Es gibt ja sogar auch einen Untergrundbahnhof mit Strohdach: Dahlemdorf. Das Stroh zur gemüthlichen Erinnerung an das der weltstädtischen Terrainspekulation überantwortete Dorf.

Dieses Haus wird natürlich von Schlichtheit und Würde stroyen im Gegensatz zu den anderen Theatern, die die Arbeiterschaft meide, weil es ihnen an Schlichtheit und Würde fehle. Nicht nur der Arbeiter, meint Rosenberg, jeder Deutsche von Geschmack empfinde den Prunk der Theater, den geschmacklosen Stuck abstoßend. Gewiß, gewiß. Insbesondere jene stücküberladenen Theaterbauten, wie sie so wilhelminisch und wider den Geschmack des Volkes in Wiesbaden, Frankfurt, Kiel usw. herumstehen. Herr Rosenberg scheint allerdings nicht zu wissen, daß sein Kulturkonkurrent Goebbels vor noch gar nicht langer Zeit erst einen Erlaß herausgegeben hat, es an plastischem Zierwerk nicht fehlen zu lassen und dem Volk damit den Anblick schamloser Architekturnacktheit zu ersparen. Noch weniger scheint er zu wissen, daß das deutsche Volk schon lange, sehr lange vor Rosenberg schon, sich schlicht und würdige Theaterbauten geschaffen hat. Ich sage nur, Berliner Volksbühne, die aus Arbeitergroßchen von zu 90 Prozent marxistischen Arbeitern errichtet, neuerdings zwar den Berliner Arbeitern von den Nazis weggeklaubt worden ist. Der Baumeister, der dieses Musterbeispiel eines schlicht und würdigen Volkstheaters geschaffen hat: Oskar Kaufmann, hat allerdings unter der Ägide Rosenbergs seine Tätigkeit nach Palästina verlegen müssen, wo er zur Zeit in Tel Aviv den schlichten Theaterbau baut, der laut Rosenberg dem deutschen Arbeiter so vonnöten ist.

Dieser Oskar Kaufmann hat vorher schon im Auftrag des allerdings auch Nichtariers Dr. Eugen Robert das ebenso schlichte und würdige Theater in der Stresemannstraße gebaut. Doch davon weiß Herr Rosenberg nichts. Als diese durch keinerlei geschmacklosen Stuck abstoßenden deutschen Theater gebaut wurden, hatte er noch nicht so Gelegenheit, sich um deutsche Kultur zu sorgen, saß vielmehr noch in Moskau in russisch-antideutschen Diensten. Immerhin sollte er bereits doch den Saal der Krolloper kennen, in dem nach erfolgreich abgebranntem Reichstagsgebäude sein Führer teils Frieden-, teils rassistische Kulturdeklamationen zu halten pflegt. Dieser Saal, von dem Rosenberg doch nicht auch behaupten wird, jeder Deutsche von Geschmack habe ihn zu meiden, ist freilich auch ein Werk dieses selbst nichtarischen Kaufmann. Wenn Herr Rosenberg so um Geschmack besorgt ist, dann sollte er mal dafür sorgen, daß in seinem Kulturbereich etwas weniger abgeschmackten Reden gehalten werden. Die nämlich hat der deutsche Arbeiter längst bis dahin . . .

Paul Westheim

Äußerung höchsten Niveaus, in der vor allem die Seele, die deutsche Seele mitschwingt.“ (Aus einer Frauenzeitschrift.)

Von den blutigen Tränen der gepeinigten Opfer des Systems wollen seine Nuppießer nichts wissen!

Die Niedertracht

In jeder Form, in jeglichem Gewande
Begegnet täglich uns die Niedertracht
Und füllt mit Leid uns bis zum Seelenraude.
Sie zu verdrängen sind wir nicht imstande,
So oft wir hoffend auch daran gedacht.

Sie ist die Hydra mit den Schreckensköpfen,
Die zweie zeugt, wenn einer abgehaut;
Aus Dreck kann sie Titanenkräfte schöpfen
Und rühmt sich zynisch, eine Welt zu schröpfen,
An der die Edelsten vergebens haun.

Die Niedertracht hat hunderttausend Taten,
Mit denen sie nach unseren Herzen schlägt.
Hört ihr sie gierig an den Tempeln kratzen,
Hört ihr sie an beladenen Tafeln schmatzen,
Ihr Toren, die ihr Besserung erwägt?

Solange ihr das alte Ungeheuer
Nicht bis zum letzten Knochen ausgebrannt
In einem heiligen Vernichtungsfeuer,
Solange hält die Niedertracht das Steuer
Der ganzen Welt in ihrer schwarzen Hand.

Horatio.

Ruinierte Aerzte

Die „Medizinische Klinik“, Nr. 44 vom 2. November, veröffentlicht eine Liste von Nürnberger Aerzten, die in der vorangegangenen Woche ihre Praxis aufgegeben haben. Es sind 11 Aerzte. 7 auf davon sind, soweit die Namen Rückschlüsse zulassen, Juden, die drei andern wohl Nichtarier. Nicht ausgeschlossen aber auch, daß der eine oder andere Arzt mit la Pedigree, mit konsequenter nationaler Vergangenheit und den sonstigen Attributen eines zeitgemäßen Mannes nicht mehr die gleiche Luft mit dem Frankenführer Julius Streicher zu atmen vermag. Gewiß ist jedenfalls, daß diese acht, die jetzt auf Beruf und Brot verzichten, nicht durch das Berufsbeamtengesetz dazu gezwungen worden sind — sie wären ja sonst längst schon gestrichen. Diese Fälle liegen zweifellos einfacher: die Hege des „Stürms“ der „Fränkischen Tageszeitung“ und des Herrn Regierungspräsidenten von Mittel- und Unterfranken, die täglichen Bedrohungen, die Ermordung mehrerer Nürnberger Aerzte in Dachau, der Freitod zahlloser nichtarischer Akademiker in der Stadt, die lange Reihe von Fällen, in denen Bürger aus dem obersten Stockwerk des Polizeipräsidiums auf die Straße gestürzt wurden, — alles das reicht aus, um den Entschluß dieser acht zu verstehen.

Aus Berlin, aus vielen anderen Gegenden des Reichs weiß die „Medizinische Klinik“ von der Praxisaufgabe deutscher Aerzte nichts zu sagen. Das geschieht allein in Nürnberg und in Breslau. In den zwei Städten, in denen noch heute Mord, Raub, Erpressung von Amts wegen betrieben werden.

Hakenkreuz mit Bohnerwachs

Der braune Kitsch blüht

Die Hersteller nationalen Kitsches sind, so heißt es in einem Bericht der „Kölischen Zeitung“, anscheinend durch keine Verbote und Fehlschläge zu entmutigen. Immer noch muß eine große Anzahl von Gegenständen auf Grund des Gesetzes zum Schutz der nationalen Symbole verboten werden. Die Aufzählung der als unzulässig bezeichneten Kitschwaren erscheint allmählich nicht mehr ausreichend, um spekulative Herstellerkreise abzusperren. Eine deutliche Brandmarkung wäre die Hinzufügung der Namen der Herstellerfirmen, wie sie jeweils im Reichsanzeiger veröffentlicht werden.

Die neue „Kitschliste“ in Nummer 260 des Reichsanzeigers enthält unter den abgelehnten zahlreichen Gegenständen u. a. folgende „Kitschblüten“: Spielfiguren, Ansichtspostkarten, Papierwaren, Plaketten usw. mit schlechten Bildnissen des Führers, eine große Anzahl von Schmuckgegenständen mit Hakenkreuzen oder schwarzweißroten Farben. Zahlreiche Hersteller von Fingerringen hoffen wohl, die Weihnachtskonjunktur durch kitschige Verwendung nationaler Symbole auf ihren Erzeugnissen zu beleben. Auch die Aufschrift „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ ist bei den Kitschfabrikanten sehr beliebt. Selbst vor Verwendung von Hoheitszeichen und Nationalfarben / Schuhereme- und Bodenwachs schachte! scheute die Geschäftstüchtigkeit mancher Hersteller nicht zurück.

Ausgabe 1934

Etwas zum Einstampfen

h. b. Eine der wichtigsten Tätigkeiten der deutschen Verlagsanstalten besteht seit dem Ausbruch des „dritten Reichs“ im Einstampfen frisch gedruckter Werke, die nicht imstande waren, das Wohlwollen des „Völkischen Beobachters“ zu erringen. Bei dieser neudeutschen Verlegeretätigkeit hat sich in letzter Zeit vor allen Dingen der bekannte Verlag von Th. Knaur Nachf., Berlin, hervorgetan. Wir können diesem Verlage nun heute mit dem guten Rat zur Hand gehen, schleunigst das kleine Konversationslexikon Ausgabe 1934 der allgemeinen Einstampfung anheimfallen zu lassen, weil in diesem Buche eine Todsünde gegen den Geist der nationalsozialistischen Wissenschaft begangen worden ist. In Spalte 1604 heißt es unter der Stichmarke Standard: 2) „Stand der Lebenshaltung bestimmter Bevölkerungsschichten, z. B. der Arbeiterklasse . . .“

Arbeiterklasse? Ist das nicht eine jüdisch-marxistische Erfindung gewesen, die im „dritten Reich“ abgeschafft worden ist. Hat die neudeutsche Wissenschaft nicht ausdrücklich festgestellt, daß es in Deutschland keine Klassen, sondern nur noch Führer und Angeführte gibt?

Weine, Volksqnosse!

„Um gleich mit der Tür ins Haus zu fallen: wir weinen im Grunde genommen viel zu wenig. Es ist geradezu ein Jammer, daß das herzhaft Weinen im Laufe der Jahre so aus der Mode gekommen ist . . . das Weinen ist eine seelische

Der 9. November

Von René Schickele

René Schickele veröffentlichte im Jahre 1919 eine kleine, inzwischen halb vergessene Schrift: „Der neunte November“. Sie ist eine packende Darstellung von Erlebnissen und Stimmungen an der Wende von 1918 zu 1919, geschrieben von einem leidenschaftlich Mitfühlenden. Vielleicht reizt die Schrift heute viele zum Widerspruch — wie René Schickele wohl auch manches heute mißbilligen mag, was er damals niederschrieb. Aber das mindert die Bedeutung dieser Kapitel nicht herab. Der Ruf an den Geist und an seine Verantwortung gilt heute noch stärker als damals.

2. Fortsetzung

Eine einzige Gefahr droht, und ich schätze sie nicht gering ein. Der Sozialismus könnte sich verbürgerlichen. Tut er das nicht, so wird er in einigen Generationen eine geistige Höhe erreicht haben, zu der das Bürgertum nie emporgestiegen wäre. Auch daran glaube ich, und damit ist mein Glaubensbekenntnis beendet.

Die Elektrische surrt, ein Hahn kräht. Das Maschinengewehr ist verstummt.

Exegese

Um den roten Tisch sitzen die Schriftgelehrten und fahren einander in die Haare. Darunter Kautsky und Lenin, beide Marxisten. Jedoch in der Auslegung der Schrift klaffen sie weit auseinander. Da ist vor allem die Diktatur des Proletariats. Der Ausdruck kommt vor in einem Brief, den Marx 1875 geschrieben hat, in folgendem Zusammenhang:

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anders sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

Darauf hat Lenin sich berufen, als er an die Macht kam. Und dies wiederum hat Karl Kautsky veranlaßt, eine Schrift über die Diktatur des Proletariats zu verfassen, die, weil sie der Versuch einer brüderlichen Aussprache ist, die wütigen Beschimpfungen durch die bolschewistische Presse durchaus nicht verdient hat*).

Hören wir also zu. Und ich bitte zu entschuldigen, daß ich hier und auf den nächsten Seiten des längeren zitiere: ich möchte den Menschen, um die es sich handelt, möglichst zu ihrem Recht verhelfen, statt von vornherein zwischen sie und dieses ihr Recht zu treten, wodurch die meisten Polemiker sich ihre Aufgabe zu erleichtern suchen.

Kautsky also legt den Begriff der proletarischen Diktatur aus:

„Marx hat es leider unterlassen, näher anzuführen, wie er sich diese Diktatur vorstellt. Buchstäblich genommen bedeutet das Wort die Aufhebung der Demokratie. Aber freilich buchstäblich genommen bedeutet es auch die Alleinherrschaft eines einzelnen, der an keinerlei Gesetze gebunden ist. Eine Alleinherrschaft, die sich von einem Despotismus dadurch unterscheidet, daß sie nicht als ständige Staatseinrichtung, sondern als eine vorübergehende Notstandsmaßregel gedacht ist.“

Der Ausdruck Diktatur des Proletariats, also Diktatur nicht eines einzelnen, sondern einer Klasse, schließt bereits aus, daß Marx hierbei an eine Diktatur im buchstäblichen Sinne des Ausdrucks gedacht hat.

Er sprach hier nicht von einer Regierungsform, sondern einem Zustande, der notwendigerweise überall eintreten müsse, wo das Proletariat die politische Macht erobert hat. Daß er hier keine Regierungsform im Auge hatte, wird schon dadurch bezeugt, daß er der Ansicht war, in England und Amerika könne sich der Übergang friedlich, also auf demokratischem Wege vollziehen.

Wohl sieht die Demokratie noch nicht den friedlichen Übergang. Sicher aber ist dieser ohne Demokratie nicht möglich.“

Einverstanden, antwortet Lenin, schwarz auf weiß in der Schrift: „Die nächsten Aufgaben der Sowjet-Macht“**):

„Die erste Aufgabe jeder Partei der Zukunft ist, die Mehrheit des Volkes von der Richtigkeit ihres Programms und ihrer Taktik zu überzeugen. Diese Aufgabe stand unter dem Zarismus, wie auch in der Periode der Verständigung der Tschernoffs und Zeretellis mit Kerenski und Kischkin auf dem ersten Plane. Jetzt ist diese Aufgabe, die gewiß bei weitem noch nicht vollendet ist, und die niemals bis zur Neige erschöpft werden kann, in ihren Hauptzügen gelöst, denn die Mehrheit der Arbeiter und der Bauern Rußlands steht wissentlich auf der Seite der Bolschewiki, wie es der letzte Kongreß der Sowjets in Moskau unbestritten zeigte. Die zweite Aufgabe unserer Partei war die Eroberung der politischen Macht und die Unterdrückung des Widerstandes der Ausbeuter.“

Den Gegensatz zwischen Kautsky und Lenin kennzeichnen zwei Wörter: Lenin fordert „die Unterdrückung des Widerstandes der Ausbeuter“, Kautsky den „friedlichen Übergang“.

Eine gewaltsame Unterdrückung des Widerstandes wäre nur möglich, wenn man alle, die Widerstand leisten, aber auch alle, bis auf den letzten Mann, umbrächte. Und weil Lenin sehr wohl weiß, daß dieser Massenmord — ich möchte sagen: technisch — unausführbar ist, schlägt er den Ausweg ein, daß er die Diktatur des Proletariats nicht als Übergang, sondern als dauernden Zustand erklärt. Dies ist der zweite fundamentale Gegensatz zwischen den Bolschewiki und Kautsky (und Marx). Die Billigung des sozialistischen Staates durch eine Mehrheit halten beide für nötig. Nur will der eine sie durch einen organischen Prozeß herbeiführen, der andre durch den Terror erzwingen. Kautsky erinnert daran, daß wir gewisse Erfahrungen gemacht haben mit der terroristischen Methode:

„An Energie läßt sich die Schreckensherrschaft von 1793 nicht überbieten. Trotzdem gelang es den Pariser Proletariern nicht, sich dadurch an der Macht zu halten. Die Diktatur wurde eine Methode, durch die sich die ver-

schiedenen Fraktionen der proletarischen und kleinbürgerlichen Politik untereinander bekämpften, und schließlich wurde sie die Methode, jeder proletarischen und kleinbürgerlichen Politik ein Ende zu machen.“

Und wiederum sieht Lenin ein:

„Wenn wir als Maßstab die westeuropäischen Revolutionen nehmen, so stehen wir jetzt ungefähr auf dem Niveau des im Jahre 1793 und im Jahre 1871 Erreichten.“

Blieben wir noch fünf Minuten bei den Texten. Kautsky fährt in seinen Ausführungen über die proletarische Diktatur fort:

„Doch um zu erfahren, was Marx über die Diktatur des Proletariats dachte, dazu brauchen wir gar kein Rätselraten. Wenn Marx 1875 nicht mehr ausführte, was er unter der Diktatur des Proletariats verstand, so geschah es wohl deshalb, weil er sich wenige Jahre vorher in seiner Schrift über den „Bürgerkrieg in Frankreich“ 1871 darüber geäußert hatte. Dort erklärte er:

„Die Kommune war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.“

Also die Pariser Kommune war, wie das Engels in seiner Einleitung zur dritten Auflage der Marx'schen Schriften ausdrücklich feststellt, „die Diktatur des Proletariats“.

Sie war aber gleichzeitig nicht die Aufhebung der Demokratie, sondern beruhte auf ihrer weitestgehenden Anwendung auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechts. Die Regierungsgewalt sollte dem allgemeinen Stimmrecht unterworfen werden. „Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Das allgemeine Stimmrecht sollte dem in Kommunen konstituierten Volke dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem andern Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter usw. auszusuchen usw. (Seite 46, 47). Immer wieder spricht hier Marx vom allgemeinen Stimmrecht des gesamten Volkes, nicht vom Wahlrecht einer besonderen privilegierten Klasse. Die Diktatur des Proletariats war ihm ein Zustand, der bei überwiegender Proletariat aus der reinen Demokratie notwendig hervorgeht. Auf Marx dürfen sich also diejenigen nicht berufen, die für die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie eintreten. Natürlich ist damit noch nicht bewiesen, daß sie unrecht haben. Nur müssen sie sich nach andern Beweisgründen umsehen. Bei Untersuchung der Frage muß man sich hüten, die Diktatur als Zustand mit der Diktatur als Regierungsform zu verwechseln. Nur das Anstreben der letzteren ist eine strittige Frage in unsern Reihen. Die Diktatur als Regierungsform ist gleichbedeutend mit der Entrichtung der Opposition. Ihr wird das Wahlrecht genommen, die Press- und Vereinsfreiheit. Die Frage ist die, ob das siegreiche Proletariat dieser Maßregeln bedarf, ob mit ihrer Hilfe am besten oder gar nur durch sie der Sozialismus erreichbar ist.“

Göcing sorgt für die Aermen

Unser Reichsjägermeister schießt Wild für sie

Man hatte lange nichts mehr vom Reichsjägermeister gehört. Jetzt haben wir ihn gottlob wieder. In seiner schönsten grünen Uniform hat er den Reinhardswald im Kasseler Bezirk besucht. Lesen wir den Bericht in der „Berliner Börsenzeitung“ (8. November):

„Es ging zunächst zum Gestüt Heberbeck, wo SA, Arbeitsdienst und Schulen Aufstellung genommen hatten. Nachdem der Reichsjägermeister die Front abgesehen hatte, wurde die Fahrt zum Urwaldbezirk des Reinhardswaldes bei der Sababurg fortgesetzt, wo die gesamte Beamtenschaft der in Frage kommenden Oberförstereien und die Wahlarbeiter zum Empfang Aufstellung genommen hatten. Reichsjägermeister Göring gab in einer Ansprache seiner Freude Ausdruck, heute einmal alle persönlich begrüßen zu können. Sie haben, so fuhr er u. a. fort, ein ebenso schönes wie wertvolles Revier zu betreten. Es ist mein fester Wille, den Reinhardswald später zum Naturschutzgebiet zu erklären. Besonderes Augenmerk ist darauf zu richten, die vorhandenen Wildarten zu verbessern durch Aufzucht und Hege mit der Büchse. Ich beabsichtige den Versuch, später auch andere Wildarten einzubürgern. Sie haben jetzt, so sagte der Reichsjägermeister weiter, eine wichtige Aufgabe, indem sie in der Woche vom 9. bis 16. November alles daran setzen, um den Abschluß des Schwarz- und Kalbwildes durchzuführen und damit eine entscheidende Hilfe für die Bevölkerung zu leisten. Es ist das erste Mal, daß wir auf diese Weise versuchen wollen, der notleidenden Bevölkerung zu helfen. Durch gleichzeitiges energieloses Vorgehen muß erreicht werden, daß eine wirklich große Strecke zusammengebracht wird, damit in den Weihnachtstagen für die weniger bemittelten und armen Volksgenossen wenigstens zu einem Teil durch die Bereitstellung des abgeschossenen Wildes gesorgt wird.“

So sorgt der liebe gute Göring für sein Volk. Eingeweihte wollen wissen, daß er sich bereits eine neue Nikolausuniform mit unzähligen glühenden Sternchen darauf bestellt hat.

Kautsky ist der Ueberzeugung, daß das siegreiche Proletariat dieser Maßregeln nicht bedarf, daß mit ihrer Hilfe und gar nur durch sie der Sozialismus nicht erreichbar ist.

Probe aufs Exempel: Wo steht die bolschewistische Politik heute? Im April 1918 rief Lenin zum „erbarmungslosen Kampf gegen das Chaos und die Desorganisation“ auf. Es muß also wohl Chaos und Desorganisation herrschen im bolschewistischen Rußland. Einen Monat vorher hielt Trojki auf der Moskauer städtischen Konferenz der Russischen Kommunistischen Partei einen Vortrag: „Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die sozialistische Sowjet-Republik retten.“

Der Vortrag ist ein verzweifelter Appell an das Proletariat zur organisierten Arbeit. Schon damals trat der Bolschewismus auf der ganzen Linie den „taktischen Rückzug“ an, den Lenin also erklärte:

„Ohne die Anleitung von Fachleuten der verschiedenen Zweige des Wissens, der Technik, der Erfahrungen ist der Übergang zum Sozialismus unmöglich, weil der Sozialismus eine bewußte Massen-Vorwärtsbewegung zu der im Vergleich mit dem Kapitalismus höheren Arbeitsproduktivität verlangt, und zwar auf der Basis des durch den Kapitalismus Erreichten. Der Sozialismus muß auf seine Art und Weise, durch seine Methoden — sagen wir konkreter: durch Sowjet-Methoden — diese Vorwärtsbewegung verwirklichen. Und die Fachleute sind in der Mehrzahl unvermeidlich bürgerlich, infolge der ganzen Umgehung des öffentlichen Lebens, das sie zu Fachleuten gemacht hat. Wenn unser Proletariat, nachdem es sich der Macht bemächtigt hatte, schnell die Aufgabe der Rechnungslegung, der Kontrolle und der Organisation im allgemeinen Maßstabe gelöst hätte — (das war infolge des Krieges und der Rückständigkeit Rußlands nicht zu verwirklichen), dann hätten wir, nachdem wir die Sabotage gebrochen hatten, durch allgemeine Einziehung und Kontrolle, uns auch völlig die bürgerlichen Fachleute zunutze gemacht. Infolge der erheblichen Verspätung bei der Rechnungslegung und der Kontrolle überhaupt, haben wir, obwohl wir auch die Sabotage zu besiegen vermocht haben, die Verhältnisse, die uns die bürgerlichen Fachleute zu unserer Verfügung stellen, noch nicht geschaffen; die Masse der Saboteure „stellt sich in den Dienst“, aber die besten Organisatoren und die größten Fachleute können durch den Staat zur Arbeit herangezogen werden, entweder auf alte Art und Weise, auf bürgerliche Art (d. h. für hohe Bezahlung) oder auf neue Weise, auf proletarische Art (d. h. durch Schaffung von Verhältnissen der allgemeinen Rechnungslegung und Kontrolle, die unvermeidlich und von selbst die Fachleute einordnen und einstellen würden).

Wir mußten jetzt zu dem alten, bürgerlichen Mittel greifen und auf eine sehr hohe Bezahlung der Dienstleistungen der größten unter den bürgerlichen Fachleuten eingehen. Alle, die die Sache kennen, sehen das, aber nicht alle dringen in die Bedeutung dieser Maßnahme seitens eines proletarischen Staates ein. Es ist klar, daß solche eine Maßnahme ein Kompromiß ist, ein Abrücken von den Prinzipien der Pariser Kommune und jeder proletarischen Macht, die eine Gleichstellung der Gehälter mit der Entlohnung eines Durchschnittsarbeiters verlangen, einen Kampf gegen das „Kariere-machen“ in Taten und nicht in Worten fordern.

Nicht genug damit! Es ist klar, daß solche eine Maßnahme nicht nur den Stillstand — auf gewissem Gebiete und in gewisser „Grade“ — der Offensive gegen das Kapital bedroht (weil das Kapital nicht die Summe an Geld ist, sondern ein bestimmtes gesellschaftliches Verhältnis), sondern auch ein Schritt nach rückwärts seitens unserer sozialistischen Sowjet-Staatsgewalt, die von Anfang an eine Politik der Herabsetzung der hohen Gehälter bis zum Verdienst eines Durchschnittsarbeiters angesagt und durchgeführt hatte.“

Nennen wir die Tatsache beim Namen. Die Bolschewiki waren nach einem Jahr anarchistischer Versuche dort angelangt, wo die Sozialisierung zu beginnen hat, wenn sie gelingen soll: bei der organischen Verwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft. Nicht durch den Terror hat die kapitalistische Gesellschaft so lang bestanden, sondern durch die bürgerliche Mentalität der Mehrheit, die eine Folge einer jahrhundertelangen „Erziehung“, das heißt Verführung war. Gewiß, es gab eine Polizei, im weitesten Sinne, und die übte die Gewalt aus. Aber jede Polizei ist nur so stark, wie die Mehrheit sie als das Ordnungsorgan für den Schutz ihrer Interessen betrachtet. Die kapitalistische Gesellschaft lebt vom Irrtum, von der Täuschung, in der die Mehrheit über ihre Interessen lebt. Und die Demokratie ist das Mittel, die Mehrheit über diesen Irrtum aufzuklären, das Mittel, die Mehrheit zu überzeugen.

Man überzeugt nicht durch Gewalt. Die Diktatur des Ideals, das ist das sicherste Mittel zu verhüten, daß die Ideen zu Fleisch und Blut werde, daß die theoretische Einsicht sich in aktives Leben verwandele, sie ist die Mauer, die Sozialisten vor dem sozialistischen Ziel aufrichten. Die Diktatur des Proletariats aber, wie die Bolschewiki sie aufgefaßt und ausgeübt haben, das ist die Gegenrevolution innerhalb der Partei des proletarischen Ideals. Wem hilft es, wenn sie nun schreiben, das Zentrum und die Rechte der Partei hätten sie aus Ruder gezwungen. Die, und niemand anders hätten sie zu dem gemacht, was sie seien. Aus Verzweiflung hätten sie die Macht erobert, weil die andern, wie Trojki sagt, „zur Lösung keiner einzigen Anforderung schritten, alle Fragen verschleppten und bremsten, alle Schwierigkeiten vermehrten und den Charakter einer schrecklichen historischen Last jener Erbschaft verließen, die uns im Oktober zufiel“. Wem hilft es?

Vielleicht dem Mann des russischen 17. Brumaire, der unterwegs ist. Er wird wenig Widerstand finden, wenn er nur genug Maschinengewehre und Kanonen mitbringt, denn die Bolschewiki haben die bürgerliche Demokratie, ohne die das heutige Rußland zu keiner produktiven und dauerhaften Organisation gelangen kann, mit dem roten Schrecken in die Keller und in die Gefängnisse gejagt und hinterher die sozialistischen Bruderparteien, die allein die russische sozialistische Revolution hätten retten können, und die, so hoffen wir, schließlich auch die russische Demokratie retten werden.

(Fortsetzung folgt.)

Deutschland und die Emigration

Schwierige Verhandlungen des Flüchtlingskommissars mit dem Reich

Von unserem Korrespondenten

Paris, 9. November.

Die „Deutsche Freiheit“ hat bereits einen kurzen Bericht über die vor einigen Tagen in London stattgehabte Tagung der vom Völkerbund eingesetzten Kommission für Flüchtlinge veröffentlicht. Heute liegt uns nun der gesamte vom Völkerbundskommissar MacDonald erstattete Bericht, der einen Umfang von 25 Schreibmaschinenseiten hat, in französischer und englischer Sprache vor. Er spricht einmal von der bereits geleisteten Arbeit, obwohl die Zusammenarbeit nach Liebersee ausführlich behandelt wird, kommt auf die Lage der Flüchtlinge zu sprechen, die den intellektuellen Berufen angehören, schildert die Umschulungsmaßnahmen und beschäftigt sich auch mit dem eigentlichen Unterstützungswerk. Eingehend wird die Passfrage behandelt, ebenso Aufenthalts- und Arbeitsverhältnisse. Auerkannt wird, daß die Lage der politischen Flüchtlinge besonders schwierig ist, zumal viele von ihnen Kommunisten sind, die ohne behördliche Genehmigung das Ausland betreten haben und sich dort vor der Polizei verborgen halten. Verschiedentlich seien dem Hohen Kommissar Fälle genannt worden, wo solche politischen Flüchtlinge von der Ausweisung nach Deutschland bedroht worden seien. In seinem Bericht vertritt der Völkerbundskommissar MacDonald die Auffassung, daß das Asylrecht gerade für politische Flüchtlinge in erster Reihe in Betracht käme, vorausgesetzt, daß sie in dem Land, in dem sie Gastfreundschaft genießen, sich zu rechthalten benehmen. Es widerspreche, so heißt es, dem Prinzip des Asylrechts, einen Flüchtling nur deshalb auszuweisen, weil seine Papiere nicht in Ordnung seien.

Dann aber kommt der Völkerbundskommissar auf seine Verhandlung mit Deutschland zu sprechen. Diese erscheinen uns um so interessanter, als, wie wir zu glauben müssen, MacDonald auf dem Wege nach Deutschland ist, um dort persönlich mit den maßgebenden Regierungsstellen über die deutschen Flüchtlingsfragen zu verhandeln. Wir lassen deshalb über die bisherige Fühlungnahme MacDonalds mit den Berliner Behörden seinen Bericht im Wortlaut folgen:

Die Mitglieder des Verwaltungsrates haben eine Abschrift des Briefwechsels erhalten, der zwischen dem Hohen Kommissar und dem deutschen Außenminister über die Eigentumsrechte der Flüchtlinge stattgefunden hatte. Aus dieser Korrespondenz wird die ablehnende Haltung der deutschen Behörden bis auf eine Ausnahme klar ersichtlich.

MacDonald hatte, wie er bereits in der letzten Sitzung des Verwaltungsrates mitteilte, an das deutsche Außenministerium die Frage gestellt, ob die deutschen Konsulate den deutschen Ausgewanderten eine Bescheinigung geben würden, wenn es nicht möglich wäre, deren Pass zu verlängern oder ihnen einen neuen deutschen Reisepass auszustellen. Er hat ferner die nachstehenden Fragen über die Eigentumsrechte der Flüchtlinge zur Verhandlung gestellt:

- a) Die Möglichkeit eines praktischen Abkommens über den Betrag, den ein deutscher Emigrant mit herausnehmen darf, wenn er in ein anderes Land als Palästina geht.
- b) Bezahlung der Pensionen an die alten Veteranen, die verabschiedet oder in den Invalidenstand versetzt worden sind und in Deutschland verbleiben.
- c) Die Steuerpflicht für Vermögen der in Deutschland verbleibenden Personen.
- d) Wiedererstattung der von den geflüchteten Arbeitern eingezahlten Summen für Sozialversicherung oder für Pensions-, Alters- und Invaliditätskassen in Deutschland.

Jede dieser Fragen war Gegenstand eines Briefes an den deutschen Außenminister. Die Frage der Wiedererstattung der Sozialversicherungen wurde in einer besonderen Denkschrift behandelt, da dies eine in viel weiterem Sinne zu betrachtende Billigkeitsfrage sei. Der deutschen Regierung wurde vorgeschlagen, einen Beauftragten zur Erörterung dieser Frage mit dem Hohen Kommissar zu bestimmen, da man der Ansicht sei, daß diese Frage leichter in persönlichen Unterhandlungen oder durch Briefwechsel geprüft werden könnte.

Der deutsche Außenminister legte im Juni in einem Brief die Haltung der deutschen Regierung fest. In der Passfrage war die Antwort befriedigend, aber in allen anderen Punkten war sie unbestimmt oder verneinend.

Die Antwort des deutschen Außenministers erfolgte im Hohen Kommissar aufgeworfenen Fragen zu verhandeln, wenn sie nicht an die Grundrechte der deutschen Innenpolitik tasten und keine Änderung der deutschen Gesetzgebung erforderten, sondern durch Verwaltungsmaßnahmen zu erledigen seien.

Im Juli antwortete der Hohe Kommissar, daß alle seine Vorschläge den deutschen Bedingungen entsprächen und durch Verwaltungsmaßnahmen in die Praxis umgesetzt werden könnten. Aber er könne mit der Beschränkung, die die deutsche Regierung wünsche, nicht einverstanden sein. „Denn durch andere wichtige Fragen könnten den Regierungen oder den Wohlfahrtsinstitutionen anderer Länder derartige Lasten auferlegt werden, daß der Hohe Kommissar gezwungen sein könnte, sie auf Grund des Amtes, das ihm durch Völkerbundsbeschluss übertragen wurde, anzunehmen.“

Die Antwort der deutschen Außenminister erfolgte im September und war viel eingehender. Man verwies auf das Gesetz über die Sozialversicherungen und stellte fest, daß der deutsche Innenminister bereit sei, sich mit dem Sonderfall der aus Deutschland Ausgewanderten zu beschäftigen, die noch nicht ihre Versicherungen bezahlt erhalten hätten. Aber nach neuerlicher Prüfung habe er eingesehen, daß es unmöglich sei, die allgemeinen Schwierigkeiten zu beseitigen, und daher würde die von dem Hohen Kommissar vorgeschlagene persönliche Besprechung keinerlei praktischen Resultat haben.

Hinsichtlich des Transfers der Emigrantenkapitalien wurde in der deutschen Antwort darauf hingewiesen, daß diese Frage vor allem von einem Wechsel der gegenwärtigen Schwierigkeiten abhängt, die ja genügend bekannt seien.

Seit diesem Briefe ist eine sehr ernste Veränderung der Situation eingetreten, da ein neuer Erlass der deutschen Regierung den im Ausland befindlichen Deutschen fast alle aus Deutschland kommenden Einkünfte abschneidet.

Diese Maßregel trifft tausende erwachsener deutscher Emigranten, die bis jetzt in dem Auslande mit den beschriebenen Summen, die sie aus Deutschland empfangen, auskamen. Aber er trifft auch tausende deutscher Kinder, die in den Schulen und Pensionaten der Ausländer erzogen werden. Sobald der Hohe Kommissar von der Verordnung Kenntnis hatte, sah er die besonders schwere Rückwirkung auf die gesamte Arbeit. Hunderte, tausende bisher unabhängiger Personen, stellen nun den Hilfskomitees zur Last, zu mindest so lange, bis diese Verordnung gemäßigt würde. Der Hohe Kommissar hat sich sofort erneut an den deutschen Außenminister gewandt und um Sondermaßnahmen zur Erleichterung der Lage gebeten. Er hob besonders hervor, daß die Lage beinahe unerträglich würde, wenn die deutsche Regierung, nachdem sie durch ihre Maßnahmen einen großen Teil ihrer Unterthanen gezwungen hatte, das Land zu verlassen, ihnen auch die Existenz im Auslande nehme, die für sie und ihre Familien durch den Teil der Einkünfte, den sie aus ihrem in Deutschland befindlichen Vermögen empfangen, ermöglicht wäre.

Als das Amt des Hohen Kommissars geschaffen wurde, hoffte man auf die Mitarbeit der deutschen Regierung insoweit, als diese wenigstens den Ansprüchen erlauben sollte, nach und nach ganz oder teilweise ihre Vermögen aus Deutschland herauszuschaffen um in der Fremde sich eine neue Heimat schaffen zu können. Abgesehen von gewissen Erleichterungen zugunsten der nach Palästina wandernden Juden, ist aber Deutschland nichts dergleichen.

Im Gegenteil, die Haltung Deutschlands, daß die Lage der Flüchtlinge nur noch schwieriger gestaltet. Die Beschränkungen, die den Emigranten in Bezug auf ihre in Deutschland befindlichen Vermögen auferlegt werden, werden immer strenger.

Durch die deutsche Propaganda gegen die jüdischen Flüchtlinge, aber auch gegen die anderen ist die Lage der Flüchtlinge in einzelnen Ländern viel unsicherer geworden, während die Zuwanderung nach anderen Ländern schwieriger wurde.

Die Politik des Reichs, durch die Tausende gezwungen wurden, aus Rasse- oder politischen Gründen die Heimat zu verlassen, hat in den Nachbarländern, wohin sich die Flücht-

In memoriam

Auch der hatte über den Eid abgelegt. —
Das fiel ihm so wenig wie anderen schwer. —
Es hat ihn nicht innerlich aufgeregt.
Was Eid, — ihm gehörte das Militär!

Und wenn einer schiefen lassen kann —
(Weh dem Soldaten, der dann nicht schief!)
So kommt es auf den Eid nicht mehr an,
Nur auf das Blut kommt es an, das fließt.

Für wen der Soldat schießt, der gewinnt.
Aber um die Toten tut's niemand leid.
Die waren Verräter! — Ihr Blut, das rinnt
Verlisch die Erinnerung an den Eid.

Die häßliche Mauer den Sieger umringt,
Doch hat auch die dicke Mauer ein Loch.
Durch das die tödliche Kugel dringt,
Und mancher Meinel, — er rächt sich doch! Mudd.

Das läßt sieh blicken!

Mißachtete Hitlerfahnen — Mißachteter Hitlergruß

National-Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Ortsgruppe Delitzsch i. B.

Delitzsch i. B., den 11. August 1934.

An alle

Zellen- und Blockleiter.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, wo Parteigenossen glauben, es nicht mehr nötig zu haben, die Fahnen des A. Reiches zu grüßen. Ich mache deshalb zum wiederholten Male darauf aufmerksam, daß ein Nationalsozialist den Rahmen aller Gliederungen der Bewegung die nötige Achtung erweist. Das ist so selbstverständlich, wie nur irgend etwas.

Weiterhin hat sich in erschreckendem Umfang ein Unterlassen des Grußes „Heil Hitler“ feststellen lassen. Mit diesem herrlichen Gruß freudig einen anderen Pa. oder Volksgenossen zu grüßen und zu danken, ist doch jedem Pa. ein Herzensbedürfnis. Ein abgeknicktes „Morgen“, „Tag“ u. ä. wirkt diskurslos. Hierbei sei auch gleich erwähnt, daß unser Gruß nicht bloß „Heil“ heißt, sondern „Heil Hitler“. Jeder politische Leiter muß sich dessen bewußt sein, daß er ein Vorbild darzustellen hat und sich selbst nur durch Korrektheit, Disziplin und vorbildliches Benehmen die Achtung aller Pa. erwirbt und erhält.

Jeder Blockleiter hat innerhalb seines Blockes den Parteigenossen hiervon Kenntnis zu geben und für Abhilfe der eingerissenen Unsitte in humaner Weise (!) zu sorgen.

Heil Hitler!

gez. Unterschrift

Stellvert. Ortsgruppenleiter.

linge gewandt haben, eine schwere soziale und wirtschaftliche Belastung hervorgerufen. Das Problem wurde noch durch die letzte Maßnahme verstärkt, die denjenigen, die noch beträchtliche Vermögen in Deutschland haben, das Recht nimmt, aus diesem Vermögen ihre Einkünfte zu beziehen und ihre im Ausland befindlichen Kinder aus diesen Einkünften zu unterhalten. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen werden die Regierungen, noch die Gemeinden der Ausländer diese neue Belastung auf sich nehmen.

Die Schwierigkeiten Deutschlands sind bekannt. Aber die Lage der deutschen Staatsangehörigen, die aus ihren in Deutschland befindlichen Vermögen ihre Einkünfte beziehen, ist wesentlich verschieden von der der ausländischen Gläubiger Deutschlands, die die Bezahlung der Schulden in ausländischer Währung haben wollen. Es wäre möglich, die gerechtfertigten Forderungen zu erfüllen, ohne der allgemeinen Wirtschaft- und Devisenlage zu schaden. Die deutsche Gesetzgebungsbehörde regelt dieser Angelegenheiten ist keine reine innenpolitische Frage, da sie direkt die Wirtschaftslage anderer Länder berührt. Unter diesen Bedingungen scheint die internationale Zusammenarbeit, durch die der Völkerbundsbeschluss von 1933 die Einrichtung des Hohen Kommissariats ins Leben gerufen wurde, tatsächlich sich in eine internationale Aktion in der einen oder anderen Form umsetzen zu müssen.

Anna Brügge lebt noch ...

Eine dramatische Erzählung vom 30. Juni 1934 in Berlin.
Von Peter Lutten.

(Schluß)

„Hermann, — Johann, —“ schrie Anna. Keiner hörte auf sie. Dann hallte Hermann die Faust und schlug Johann ins Gesicht. Johann taumelte so stark gegen die Tür, daß sie aufging. Hermann ging auf Johann zu, aber da war Johann schon aus der Tür.

„Hermann, —“ rief Anna, „geh schnell hinter ihm her. — Bitte ihn um Verzeihung, er kann dich ja ins Zuchthaus bringen.“
„Du bist wohl verrückt, ich soll Johann um Verzeihung bitten, den? Diesen, der auf mich, seinen Vater, schiefen wollte? — Nein.“

„Du mußt, Hermann. — du mußt, Johann kan dich unglücklich machen. Er läßt dich verhaften. Du wirst leben, er läßt dich verhaften.“ Anna weinte.

Hermann sah Anna nur verwundert an und schüttelte mit dem Kopf.

„Verhaften lassen, von meinem eigenen Sohn? Ne Anna, Du bist doch wohl nicht ganz klug. — Hör bloß auf mit deinem Geier.“

Hermann ging wütend aus der Küche.

Eine Viertelstunde später kam eine kleine Abteilung der SA, und Hermann wurde verhaftet. Hermann leistete Widerstand, Anna hörte ihn so viele Schreie und Schimpfwörter sagen, daß es ausgereicht hätte, eine kleine Stadt ins Gefanoni zu bringen.

„Johann, so bist doch deinem Vater.“ schrie Anna.

„Kann nicht. Er hat die Ehre unserer Uniform gekränkt und — überhaugt. Kümmerst du dich nicht darum. Du kannst es ja nicht verstehen.“

Und die SA schleppte Hermann Brügge davon.

Drei Tage später kam Johann.

„Mutter, es ist doch gut abgegangen. — Raus Jahre Zuchthaus. — Es wäre schlimmer gekommen, wenn ich mich nicht für ihn so ins Zeug gelegt hätte. Eigentlich könnte Vater mir noch dankbar sein. — Ja, es hätte böse ausfallen können.“

Anna war starr. Ja, das stimmt. Hermann ist noch auf davon abgegangen. Aber was Anna wunderte, daß Johann in solchen Sachen auch noch ein Wort mitreden konnte. Ihr

Johann, der noch so jung war. Jawohl, Johann ist ein mächtiger Mann geworden.

Da Anna die SA-Mark gebraucht hatte, bekam sie mit der Zeit noch mehr Geld von Johann. Er schien gut zu verdienen. Hermann durfte es allerdings nicht wissen. Aber Anna mußte doch leben. Und für Anna war es auch unmöglich, irgendwie Arbeit zu bekommen. Sie mußte froh sein, daß sie noch waschen durfte, für die alte Kundschaft. Mit der Zeit kam Johann seltener. Denn Johann ist wieder einmal befördert worden. Und damit stieg auch die Arbeit. Er hatte dann auch keine Zeit, viel nach Hause zu kommen. Aber, — um Anna wurde es einsamer. Sie ist den ganzen Tag alleine. Denn das merkte sie eines Tages, daß die Nachbarn ihr aus dem Wege gingen. Ja, keiner sprach mehr mit ihr, und wenn sie zum Bäckerhaken auf den Hof kam, wurden die offenkundigen Fenster geschlossen. Anna sagte nichts. Sie ließ sich auch nichts merken, wie weh es einem tat.

Eines Tages begegnete sie Frau Kieper. Frau Kieper war schon seit langer Zeit eine Freundin von ihr. Aber das lag schon lange zurück. Aber heute blieb Frau Kieper stehen und sagte:

„Na, wie geht's Ihnen denn, Frau Brügge.“

„O danke, ganz gut, Frau Kieper.“

Dann ist es ja ganz gut. Auf Wiedersehen, Frau Brügge.“ Und damit ging sie. Anna blieb ganz verwundert stehen. 20 Jahre hat sie denn, dachte Anna. Kopfschüttelnd nahm Anna ihren Korb mit Wäsche und ging weiter. Sie sollte doch noch die Wäsche abliefern. Da hielt es sich beileben.

Wie Anna nun zum Reinspaz kam, sah sie das Straßenschild am Boden liegen. Na, wieder so ein Dummhinnungsschrei, dachte Anna, und ging weiter. In der Nöhmallee mußte sie doch den Korb abgeben, wenn er auch nicht schwer war, aber man wird alt, und der Atem will nicht mehr recht. Unwillkürlich sah Anna nach dem Straßenschild, — auch das lag auf dem Boden, aber vollkommen verbogen und zertrümpelt. Rann? Jetzt sah Anna erst, daß immer kleine Truppen von Reichswacht, Feldmarschall auspariert, Gendarmanen, Gasmasken und Gewehre, durch die Straßen zogen. Auch SA-Abteilungen fuhren mit einem Karabiner bewaffnet, auf Märdern durch die Straßen. Aber Anna konnte keine SA-Truppen sehen. Was in aller Welt war los. Sie ging zu einem Verkehrsinspektoren und fragte danach. Der sagte aber nur kurz: „Von mir können Sie keine Auskunft bekommen.“

Da dachte Anna an Johann. Der wird es wohl wissen. Anna fuhr mit einer Straßenbahn in die Stadt und ging dann zu der Wache, wo Johann Dienst hatte. Da sah Anna, daß in der Wache, andere Leute saßen. Anna fragte nach Johann. Keiner kannte ihn. Der Wachtmeister wies Anna in das Büro. — Im Büro sah ein Mann in Zivil und schrieb.

„Was wünschen Sie?“ fragte der Mann.

„Ich möchte gerne Johann Brügge sprechen.“ antwortete Anna.

„Johann Brügge?“ erwiderte der Mann erstaunt. Anna bekam ein Gefühl, als ründe ihr etwas bevor. Sie dachte an Frau Kieper. Warum war die denn mit einemmal so freundlich zu ihr? Und dieser Mensch hier, was ist denn los?

„Ich bin die Mutter von Brügge.“ sagte Anna.

— Sooo? — Sie sind die Mutter, — ja dann warten Sie bitte einen Augenblick.“ Anna wurde von Minute zu Minute unruhiger. Sollte Johann krank sein? Plötzlich wurde Anna herzensangst zumeist. Was war geschehen? — Der Mann nahm das Hörrohr und Anna hörte ihn fragen:

„War Johann Brügge gestern Abend auch dabei? — Ja? — Wer? — Hermann Brügge auch? — So, den haben Sie aus dem Zuchthaus geholt. — Ja, ja. — Auch —? —“

Der Mann legte das Hörrohr wieder hin und sagte:

„Frau Brügge. — Hermann und Johann Brügge wurden gestern Abend wegen Hochverrats — hm, ja — erschossen.“

Der Mann versuchte es schonend zu sagen. Aber heutzutage — werden eben viele erschossen.

„Kann ich ihnen irgendwie helfen, Frau Brügge?“

Keine Antwort. Anna sah wie tot da. Weidenblau.

„Frau Brügge, ich bin nicht belust. Ihnen das Gschwehene zu sagen. Bitte sprechen Sie mit niemandem darüber. Es könnte ihnen von Nachteil sein. Verstehen Sie?“ Anna hand langsam auf. Ihr war es, als äinne die Tür von selber auf.

Erst wie sie auf der Straße mit einem Menschen zusammenstieß, erwachte sie wie von einem bösen, schweren Traum. Dann lief sie — und lief. Im Laufschritt schrie Anna immer wieder und wieder:

„Es lebe der Führer. — Es lebe der Führer. — Heute ruft mit. Sonst werdet ihr auch noch erschossen. Warum ruft ihr denn nicht mit? Wollt ihr auch erschossen werden? Hört ihr denn nicht. — Es lebe der Führer?“

Und dann laut Anna Anna wie leblos auf den Asphalt. Aber Anna Brügge lebt noch ...

Aus dem Dänischen übersetzt von C. C. Jensen.

Saarbrücken 3 • Schützenstraße 5 • Postschließfach 776